Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/3541

22. 01. 96

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Versammlung der Westeuropäischen Union

über die Tagung der Versammlung vom 4. bis 6. Dezember 1995 in Paris

Während des ersten Teils ihrer 41. ordentlichen Sitzungsperiode erörterte die Versammlung der Westeuropäischen Union Berichte, behandelte die üblichen geschäftsordnungsmäßigen Vorgänge und faßte Beschlüsse, die folgende Themen behandelten:

Bericht des Rates

- Erster Teil des 41. Jahresberichtes des Rates
- Ansprache des spanischen Außenministers, Javier Solana, Amtierender Ratsvorsitzender

Politische Fragen

- Regierungskonferenz und die Gestaltung der europäischen Sicherheit und Verteidigung – Erwiderung auf den ersten Teil des 41. Jahresberichts des Rates (*Empfehlung 588* – S. 31)

  Rede des Abg. Robert Antretter (S. 34)
- Die WEU im Atlantischen Bündnis (*Empfehlung 586* – S. 28)
- Ansprache des Präsidenten der Versammlung, Sir Dudley Smith
- Ansprache des Generalsekretärs der Westeuropäischen Union, José Cutileiro
- Ansprache des spanischen Verteidigungsministers, Suarez Pertierra

  Frage der Abg. Leni Fischer (Unna) (S. 17)
- Ansprache des ungarischen Ministerpräsidenten, Guyla Horn

  Fragen der Abg. Robert Antretter (S. 20), Dieter Schloten (S. 20) und Günter Marten (S. 21)
- Ansprache des britischen Verteidigungsministers, Michael Portillo

– Ansprache des französischen Ministers für Europaangelegenheiten, Michel Barnier

Geschäftsbereich des Verteidigungsausschusses

– Sicherheit und militärische Zusammenarbeit im Ostseeraum (*Empfehlung 585* – S. 25)

  Reden des Abg. Günter Marten (S. 21 u. 24)

– Wiederaufnahme der französischen Kernwaffenversuche im Pazifik

  Reden der Abg. Benno Zierer (S. 17), Dieter Schloten (S. 18), Wolfgang Behrendt (S. 18) und Robert Antretter (S. 19)

Geschäftsbereich des Haushaltsausschusses

– Haushaltsentwurf betr. die Verwaltungsaufgaben der Versammlung für das Haushaltsjahr 1996 und außerordentlicher Haushaltsentwurf der Versammlung für das Haushaltsjahr 1996

– Jahresabschluß der Verwaltungsausgaben der Versammlung für das Jahr 1994

  Reden des Abg. Arnulf Kriedner (S. 27)

Geschäftsbereich des Geschäftsordnungsausschusses

– Änderungen des Art. 9 der Geschäftsordnung der Versammlung im Hinblick auf die Erhöhung der Zahl der Vizepräsidenten

Geschäftsbereich des Ausschusses für Technologie und Raumfahrt

– WEAG: Der zu verfolgende Kurs (*Empfehlung 584* – S. 14)

– Militärische Lufttransporte – Aussichten für Europa (*Empfehlung 587* – S. 30)

Geschäftsbereich des Parlaments- und Öffentlichkeitsausschusses

– Die nationalen Parlamente, die europäische Sicherheit und Verteidigung und die Vorbereitung der Regierungskonferenz von 1996 (*Entschließung 96* – S. 33)

– Die parlamentarische Zusammenarbeit im Mittelmeerraum (*Entschließung 97* – S. 35)

Zum Ablauf der Tagung

Die Reden und Fragen der deutschen Mitglieder der Versammlung sind nachstehend im Wortlaut abgedruckt, die Antworten sind überwiegend zusammengefaßt wiedergegeben.

Sir Dudley Smith (Vereinigtes Königreich) wurde erneut zum Präsidenten der Versammlung gewählt. Als deutscher Vizepräsi-

dent wurde Abg. Robert Antretter in seinem Amt bestätigt. Darüber hinaus wurden Abg. Arnulf Kriedner als Vorsitzender des Haushaltsausschusses und Abg. Erwin Horn als stellvertretender Vorsitzender des Verteidigungsausschusses gewählt.

Den Bericht des Rates der WEU trug als amtierender Vorsitzender der spanische Außenminister Javier Solana vor.

Zur Versammlung sprachen weiterhin der spanische Verteidigungsminister Suarez Pertierra, der ungarische Ministerpräsident Guyla Horn, der britische Verteidigungsminister Portillo, der französische Minister für Europaangelegenheiten Barnier sowie der Generalsekretär der WEU, José Cutilero.

An der Tagung nahmen Parlamentarier aus Island, Norwegen und der Türkei als assoziierte Mitglieder der WEU teil. Als ständige Beobachter der Delegationen waren Parlamentarier aus Bulgarien, Dänemark, Estland, Finnland, Irland, Lettland, Litauen, Österreich, Polen, Rumänien, der slowakischen Republik, der tschechischen Republik, Ungarn und Schweden vertreten. Des weiteren verfolgten parlamentarische Beobachter aus der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, der russischen Föderation, Slowenien und der Ukraine die Tagung.

Aufgrund des sich zuspitzenden Generalstreiks in Frankreich wurde die Tagung bereits am 6. Dezember – ein Tag eher als geplant – beendet.

Schwerpunkte der Beratungen

Der **Präsident der Versammlung, Sir Dudley Smith (Vereinigtes Königreich),** dankte für seine Wiederwahl und erklärte, er werde auch in seiner dritten Amtsperiode sein Bestes für die Versammlung der WEU geben. Hierauf würdigte er die unter der spanischen Präsidentschaft erzielten Erfolge und hob in diesem Zusammenhang das Gespräch des Ständigen Ausschusses mit dem spanischen Minister für Europaangelegenheiten und Vorsitzenden der europäischen Reflexionsgruppe, Carlos Westendorp, im Oktober 1995 hervor. Hierbei habe es sich um eine gute Gelegenheit gehandelt, sowohl als nationale Parlamentarier als auch als Mitglieder der WEU-Versammlung einen Beitrag zur Regierungskonferenz 1996 zu leisten. Sodann erinnerte der Präsident daran, daß die Außen- und Verteidigungsminister der WEU-Staaten am 14. November 1995 in Madrid die Veröffentlichung eines gemeinsamen Reflexionspapiers mit dem Titel: „Europäische Sicherheit: ein gemeinsames Konzept der 27 WEU-Staaten" gebilligt hätten. Zu dieser Problematik stünden zwei Berichte auf der Tagesordnung der Versammlung und zwar von Abg. De Puig, Berichterstatter im Politischen Ausschuß, und von Sir John Hunt, Berichterstatter im Ausschuß für die Beziehungen zu den Parlamenten und zur Öffentlichkeit.

Im Hinblick auf anstehende Veränderungen sei darauf hinzuweisen, daß die Minister beabsichtigten, die Rolle der assoziierten Mitglieder und Beobachter zu stärken. Die künftige Rolle der WEU sei zwar noch nicht abschließend geklärt, gleichwohl stehe

aber folgendes fest: sie wolle weder von der NATO noch von der EU absorbiert werden, vielmehr sei sie Pfeiler und „Vertretung" beider Organisationen. Es gelte, im Interesse einer erfolgreichen Sicherheits- und Verteidigungspolitik am Ausbau dieser Brücke festzuhalten.

Der Generalsekretär der WEU, **José Cutileiro (Portugal),** betonte, seit Maastricht befinde sich die WEU auf einem Kurs der operationellen Verstärkung. Diese im Interesse aller WEU-Länder liegende Verstärkung beinhalte drei Aspekte:

- WEU-eigene Anstrengungen,
- Rückgriffsmöglichkeit auf NATO-Mittel,
- Anstrengungen der einzelnen WEU-Mitgliedstaaten.

Entscheidende Fortschritte seien bei der Umsetzung des Beschlusses des Ministerrates hinsichtlich der Verstärkungen der operationellen Möglichkeiten der WEU erzielt worden. Zu nennen seien in diesem Zusammenhang insbesondere die Übungen *Crisex* und Pegasus. Bedauerlicherweise ließen sich im Vergleich hierzu Fortschritte auf dem Gebiet der Zusammenarbeit der NATO nur langsamer erzielen: fast zwei Jahre nachdem das Atlantische Bündnis auf höchster Ebene den Beschluß gefaßt habe, seine kollektiven Ressourcen für WEU-Operationen auf der Grundlage des Konzepts der Alliierten Streitkräftekommandos (CJTF) zur Verfügung zu stellen, seien noch keine Fortschritte im Hinblick auf eine Verständigung über die Modalitäten der Umsetzung dieses Projektes zu verzeichnen.

Was den Beitrag der WEU zur Regierungskonferenz 1996 anbelange, so existierten drei Optionen zu den institutionellen Beziehungen zwischen WEU und EU. Diese drei Optionen beinhalteten eine Gemeinsamkeit: sie alle gingen davon aus, daß

- die Verbindung zwischen EU und WEU verstärkt werden solle;
- die NATO weiterhin das Herz der europäischen Verteidigung bilden werde und
- die operationelle Stärkung der WEU fortgesetzt werden müsse.

Schließlich sei darauf aufmerksam zu machen, daß es keinen Widerspruch darstelle, wenn man die WEU als eine Verteidigungskomponente der EU und zugleich als Europäischen Pfeiler der NATO bezeichne. Jedoch führe diese Vorstellung in der Praxis durchaus zu Schwierigkeiten. Bereits jetzt stehe fest, daß unabhängig von der favorisierten Option die WEU künftig eine wichtige Rolle auf dem Gebiet der Europäischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik spielen werde. Dokumentiert werde dies bereits jetzt am Beispiel des Friedensabkommens von Dayton. Hierzu habe die WEU einen bescheidenen, jedoch wertvollen Beitrag geleistet.

Berichterstatter **Sir Russel Johnston (Vereinigtes Königreich)** erläuterte seinen Bericht zu den französischen Kernwaffenversuchen im Pazifik. Er betonte einleitend, mit Nuklearfragen seien stets starke Emotionen verbunden. Aus diesem Grunde erinnere er zunächst einmal an die am 26. Oktober 1987 verabschiedete

Haager Plattform über europäische Sicherheitsinteressen. Diese beinhalte u. a. folgende Passage, aus der die Position der WEU zu Nuklearwaffen hervorgehe:

„unter den gegenwärtigen Umständen und soweit wir voraussehen können, gibt es keine Alternative zur westlichen Strategie der Kriegsverhütung, die es ermöglicht hat, den Frieden in Freiheit während eines in der Europäischen Geschichte beispiellos langen Zeitraums zu bewahren. Die Strategie der Abschreckung und Verteidigung muß, um glaubwürdig und wirksam zu bleiben, weiterhin auf einer geeigneten Zusammensetzung angemessener **nuklearer und konventioneller** Streitkräfte beruhen, wobei nur deren nukleare Komponente einen potentiellen Angreifer einem unannehmbaren Risiko aussetzen kann".

Erforderlich sei nach wie vor eine Politik der wirksamen Abschreckung, die nur funktioniere, wenn man militärisch nicht in Verlegenheit gerate. Der vorliegende Bericht und die Beschlußempfehlung basierten auf einem sorgfältig ausgearbeiteten Kompromiß. Unabhängig von den konkreten Umweltauswirkungen der französischen Nukleartests hätten diese äußerst negative politische Auswirkungen. Gerade Frankreich habe immer betont, daß es eine engere europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verteidigung befürworte. Der nukleare Alleingang lasse indes an der Ernsthaftigkeit dieser Absichtserklärung zweifeln.

Intention des Verteidigungsausschusses sei es gewesen, etwas Positives in dieser schwierigen Situation zu formulieren, was auch die Aufforderung an die französische Regierung dokumentiere zu prüfen, auf welche Art und Weise die nuklearen Streitkräfte in eine gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik eingebunden werden könnten.

Abg. Valleix (Frankreich) äußerte, der Bericht enthalte Passagen, die für einige Länder schwer zu akzeptieren seien. Es sei von essentieller Bedeutung gewesen, die Zuverlässigkeit von Atomwaffen im voraus zu testen. Frankreich sei sich zu jeder Zeit seinen Verpflichtungen gegenüber der internationalen Gemeinschaft bewußt gewesen: die Wahrscheinlichkeit nachteiliger – durch die Tests hervorgerufener – Umweltbeeinträchtigungen seien nach dem Urteil zahlreicher Wissenschaftler als äußerst gering einzustufen.

Abg. Sperone (Italien) gab zu bedenken, die Diskussion zur Wiederaufnahme der Atomtests durch Frankreich sei bereits im Rahmen der Tagung der Versammlung vom 19. bis 22. Juni 1995 in Paris ausführlich geführt worden. Werde sie nicht bald zum Abschluß kommen, seien die Atomtests noch vor Ende der Debatte abgeschlossen.

Abg. Benno Zierer äußerte, zu jedem Bericht gehöre auch eine Aussprache. An dieser Übung solle festgehalten werden. Er hebt hervor, die deutsch-französische Freundschaft sei stets der Motor der Europäischen Integration und ein Pfeiler der deutschen Nachkriegspolitik gewesen. Zwar dürfe sie nicht durch Unterschiede in Detailfragen aufs Spiel gesetzt werden, jedoch gehöre es zum Wesen einer Freundschaft, daß Sorgen und Bedenken frei ge-

äußert werden dürften. Niemand könne mit letzter Sicherheit ausschließen, daß die Atomversuche Radioaktivität freisetzten und Schäden im tektonischen Unterbau der Atolle verursachten.

Abg. Bianchi (Italien) führt aus, er bedauere den französischen Alleingang. Das italienische Parlament habe zu der in Rede stehenden Problematik eine Diskussion mit französischen Kollegen geführt. Sie stünden bedauerlicherweise auf dem Standpunkt, es handele sich um eine nationale Angelegenheit Frankreichs.

Abg. Boucheron (Frankreich) erklärte, er bedauere zutiefst die Entscheidung der französischen Regierung über die Wiederaufnahme der französischen Atomtests. Die Tests seien in technischer Hinsicht nutzlos und hätten darüber hinaus negative diplomatische Konsequenzen. Die WEU biete jedoch nicht das Forum für einen Akt des Widerstands gegenüber einem Mitgliedstaat. Darüber hinaus würde die öffentliche Meinung in Frankreich allzu massive Kritik eher als feindliche denn als konstruktive Haltung werten.

Abg. Dieter Schloten stellte klar, die Schlußfolgerungen des Berichtes von Sir Russel Johnston seien sehr maßvoll. Neben einem Stopp bzw. der Einschränkung der Nuklearversuche fordere er, daß der europäische Dialog auf der Ebene der WEU und der EU geführt werde. Die deutsch-französische Freundschaft sei gemeinsam mit der transatlantischen Beziehung und Freundschaft die Basis für den Frieden in Europa. Zusammenfassend könne festgestellt werden, daß der vorliegende Bericht keine Verurteilung beinhalte. Vielmehr fordere er zu engerer europäischer sicherheitspolitischer Zusammenarbeit auf und klammere dabei die Nuklearwaffenproblematik nicht aus.

Abg. Alexander (Vereinigtes Königreich) äußerte, die französische Regierung habe die Tests in ihren Territorialgewässern und im Rahmen ihrer Rechte vorgenommen. Die britische Regierung habe die französische Entscheidung nicht kritisiert. Diese solle vielmehr auch von den anderen Staaten respektiert werden. In der Vergangenheit seien in der ehemaligen Sowjetunion mehr als 1 000 Atomtests durchgeführt worden, ohne daß sich hiergegen ein nennenswerter Widerstand geregt habe. Auch China setze seine atomaren Testprogramme fort, was bei der WEU-Versammlung offenbar nicht auf Kritik stoße.

Abg. Wolfgang Behrendt betonte, bei aller Freundschaft zu Frankreich dürfe nicht übersehen werden, daß die Mehrheit der EU-Länder, die Vereinten Nationen, die Parlamentarische Versammlung der OSZE, das Europäische Parlament und viele andere Organisationen die französischen Nukleartests mittlerweile verurteilt hätten. Frankreich habe sich jedoch über alle ökologischen und rechtlichen Bedenken sowie über die Interessen der Bevölkerung im Südpazifik hinweggesetzt. Aus diesem Grunde müsse nunmehr eindeutig Flagge gezeigt werden. Er, Abg. Wolfgang Behrendt, fordere daher die unverzügliche Einstellung der französischen Nuklearversuche. Angesichts von vier durchgeführten und zwei angekündigten Nuklearversuchen mache es keinen Sinn, im nunmehr erreichten Teststadium zu fordern, die Zahl der

Versuche müsse reduziert werden. Auch sei dem Angebot Frankreichs eine Absage zu erteilen, seine Atomwaffen unter die Verfügungsgewalt der Westeuropäischen Union zu stellen, denn die Beschaffung einer atomaren Verteidigung für Europa würde seines Erachtens gegen die Bedingungen des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen verstoßen. Jedenfalls solle nicht eine neue, völlig unnötige Debatte über atomare Rüstung begonnen werden.

Abg. Liapis (Griechenland) warf die Fragen auf, von welcher Gefahr Frankreich sich bedroht sehe und warum es sich vor Wiederaufnahme der Atomtests nicht mit seinen europäischen Partnern beraten habe. Es gebe hierfür nur eine überzeugende, rein politische Begründung: Frankreich beabsichtige, seine internationale Rolle zu stärken. Hierdurch würden die Bemühungen hinsichtlich einer gemeinsamen europäischen Außen- und Verteidigungspolitik konterkariert, insbesondere dann, wenn andere starke europäische Länder dem Beispiel Frankreichs folgten und eine rein nationale Politik betrieben.

Abg. Robert Antretter, Leiter der deutschen Delegation in der Versammlung der WEU, stimmte seinen Vorrednern im Ergebnis zu und teilte die Auffassung, daß sich Frankreich mit der Wiederaufnahme der französischen Kernwaffenversuche auf dem Mururoa-Atoll in die Gefahr der politischen Isolation begebe. Jedoch dürfe trotz aller Bedenken nicht vergessen werden, daß es ohne einen deutsch-französischen Grundkonsens zu keinem Fortschritt bei der für das kommende Jahr geplanten Revisionskonferenz des Maastricht-Vertragswerkes kommen werde. Wenn dem französischen Premierminister Juppé ernsthaft an einem europäischen Dialog über die künftige Rolle der französischen Kernwaffen liege, so solle diese Problematik gerade in der WEU erörtert werden. Die WEU sei nämlich die einzige europäische Organisation, die vertraglich hierzu befugt sei und die über geeignete institutionelle Strukturen verfüge. Begrüßenswert sei es, wenn die WEU eine gemeinsame Initiative für den raschen Abschluß eines umfassenden nuklearen Teststoppabkommens unternehme. Ein baldiger Abschluß des nuklearen Teststoppabkommens stelle einen wichtigen Beitrag dar, den beunruhigenden Tendenzen der Weiterverbreitung von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen entgegenzutreten.

Bei der Abstimmung über die Entschließung wurde das erforderliche Quorum nicht erfüllt.

Der **ungarische Ministerpräsident Horn** erinnerte eingangs daran, daß Ungarn seit der Mitgliedschaft Österreichs ein direkter Nachbar der Europäischen Union geworden sei. Es sei immer ein europäisches Durchgangsland gewesen und daher aufgrund dieser Funktion sowie der Tatsache, daß es als erstes Land Mittel- und Osteuropas mit der Umstrukturierung begonnen habe, prädestiniert als Zentrum für die Zusammenarbeit zwischen Ost und West. Mittel- und Osteuropa stehe nach der Auflösung des COMECONs sowie des Warschauer Paktes vor dem Problem, seine Außenbeziehungen neu aufzubauen.

Ungarn – bereits Mitglied des Europarates – habe als weiteres Ziel die Mitgliedschaft in der Westeuropäischen Union, in der Europäischen Union sowie in der NATO. Der Aufbau neuer wirtschaftlicher Strukturen schreite weiter voran, und man befinde sich zur Zeit auf halbem Wege zwischen den übrigen mittel- und osteuropäischen Staaten sowie der Europäischen Union, deren Mittelwerte man bis 1998 zu erreichen gedenke. Im Hinblick auf die für 1998 erwarteten Beitrittsverhandlungen wandte Ministerpräsident Horn sich gegen die weit verbreitete Meinung, die EU-Erweiterung würde nur zu einer Belastung der Mitgliedstaaten führen. Vielmehr würde die Erweiterung auch der Europäischen Union zahlreiche Vorteile bringen, so insbesondere hinsichtlich der Investitionstätigkeit sowie der Schaffung von Arbeitsplätzen.

Zur NATO bemerkte Ministerpräsident Horn, daß die Partnerschaft für den Frieden mit ihrer Zusammenarbeit zwischen den Signatarstaaten zwar ein gutes Gefühl, aber noch keine volle Sicherheit schaffe. Ungarn stehe daher hinsichtlich der NATO-Erweiterung wie auch in anderen Bereichen im Dialog mit Rußland. Es müsse allerdings über diese Frage souverän entscheiden können, und dies habe Präsident Jelzin auch zugesagt.

Ungarn grenze inzwischen an sieben Nachbarländer und daher sei die Versöhnung mit seinen Nachbarn – insbesondere mit Rumänien und der Slowakischen Republik – ein ganz wichtiges Ziel. Entsprechende Fortschritte habe man bereits erzielt. Der Ministerpräsident unterstrich, daß bilaterale Streitfälle grundsätzlich zwischen den beteiligten Staaten selber geregelt werden sollten. Notfalls müsse aber auch die Vermittlung internationaler Organisationen in Anspruch genommen werden.

Abschließend bekräftigte Ministerpräsident Horn die Notwendigkeit, Ungarn wie auch die übrigen mittel- und osteuropäischen Staaten stärker in Europa zu integrieren. Nur im Wege einer entsprechenden Zusammenarbeit aller europäischen Länder ließen sich die akuten grenzüberschreitenden Probleme lösen und sei eine dauerhafte Stabilität in Europa zu erreichen. Europa befinde sich zur Zeit in einer Schicksalsstunde, die man nicht ungenutzt verstreichen lassen dürfe.

Der **britische Verteidigungsminister Portillo** hob eingangs die Bedeutung der NATO hervor, die als einzige Organisation in der Lage sei, Kampftätigkeiten in größerem Umfang durchzuführen, wie dies der Konflikt im früheren Jugoslawien zeige. Ihre Notwendigkeit habe sich wider aller gegenteiliger Voraussagen bewiesen, was auch durch die Beitrittsanträge vieler Länder deutlich werde. Er begrüßt in diesem Zusammenhang die Mitwirkung Rußlands an der Seite der NATO, deren Bedeutung weit über den konkreten Einsatz in Bosnien-Herzegowina hinausreiche. Ebenso positiv bewertete der Verteidigungsminister die Ankündigung Frankreichs, sich künftig stärker an den Aktivitäten der NATO zu beteiligen.

Zur Allianz führte der Verteidigungsminister weiter aus, daß für Großbritannien ein von der NATO getrennter europäischer Verteidigungspfeiler nicht akzeptabel sei, da dadurch die Bedeutung

der USA und Kanadas gemindert würde. Es wäre eine nicht entschuldbare Verschwendung, angesichts einer bewährten Verteidigungsstruktur wie der NATO neue Strukturen aufzubauen. Vielmehr müßten die Anstrengungen darauf gerichtet werden, die NATO den neuen Bedürfnissen und Veränderungen anzupassen, auch letztlich für den Fall, daß die USA sich einmal nicht beteiligen sollten.

Unter Hinweis auf das häufig bemängelte politische Defizit in europäischen Verteidigungsfragen warnte er davor, das in der Allianz bewährte Konsensprinzip zu verlassen. Wenn der gemeinsame politische Wille für eine militärische Maßnahme fehle, sei es kontraproduktiv, Entscheidungen durch Mehrheitsbeschlüsse zu erzwingen. Für Großbritannien sei und bleibe die Entscheidung in Verteidigungsfragen, insbesondere des Truppeneinsatzes, eine Frage der nationalen Souveränität. Daher komme für diesen Entscheidungsprozeß nur die zwischenstaatliche Zusammenarbeit in Frage. Diese Strukturen auszubauen, sei das Ziel Großbritanniens, nicht dagegen die Übertragung der Verteidigungspolitik auf supranationale Organe.

Im übrigen, so der Verteidigungsminister, bestehe keine Notwendigkeit, die Westeuropäische Union und die Europäische Union zu verschmelzen, um beide Organisationen voll funktionsfähig zu erhalten. Gefragt sei vielmehr der Ausbau der Arbeitsbeziehungen zwischen WEU und EU, und zwar auf allen Ebenen. Ein Defizit bestehe vielmehr im operativen Bereich, und daher sei auch das Einvernehmen zwischen den Mitgliedsländern nicht verwunderlich, die operativen Möglichkeiten der WEU auszubauen. Dies werde Priorität während der kommenden britischen Präsidentschaft haben. Dazu gehöre der Zugang der WEU zu den operativen Möglichkeiten der NATO, und dies erfordere eine Verbesserung der Arbeitsstrukturen zwischen beiden Organisationen.

Schließlich unterstrich Verteidigungsminister Portillo, daß eine umfassende europäische Sicherheit ohne Rußland nicht möglich sei. Große Bedeutung habe daher neben der NATO-Erweiterung die kontinuierliche Entwicklung einer entsprechend echten Partnerschaft zwischen Rußland und der Allianz.

Berichterstatter Abg. Günter Marten erläuterte den **Bericht über Sicherheit und militärische Zusammenarbeit im Ostseeraum.** Die Ostseeregion habe immer im Mittelpunkt der politischen Diskussion gestanden, und es sei in der Vergangenheit ein besonderes Problem der Anrainerstaaten gewesen, mit einer geteilten Ostsee leben zu müssen. Die politische Situation habe sich seit 1990 entschärft. Es gelte nun, die Ostsee-Anrainerstaaten auch politisch in eine Verteidigungsorganisation einzubinden. Der vorliegende Bericht, für dessen Zustandekommen er auch den Mitarbeitern der Bundestagsverwaltung danke, solle weitergeführt werden, um nicht an Aktualität einzubüßen. Er sei der Auffassung, es sei ratsam, daß die Westeuropäische Union den in dem Bericht genannten Ländern helfe, sich wirtschaftlich und sicherheitspolitisch nach Westen hin zu orientieren. Dies bedeute zugleich, eine Ost-Erweiterung der WEU und der NATO ins Auge zu fassen, um

insbesondere den kleinen Ländern an der Ostsee Schutz vor einem Nachbarn zu gewähren, der in der heutigen Zeit unberechenbar geworden sei und den nach Freiheit strebenden Ländern besondere Schwierigkeiten bereite. Eine Grundsatzentscheidung könne insoweit getroffen werden, als die WEU-Erweiterung in Richtung Osten – bei aller Rücksichtnahme auch auf Rußland – vorangetrieben werde. In den Gesprächen mit Schweden und Finnland sei deutlich gemacht worden, daß beide Länder strikt auf ihrer Neutralität bestünden. Die drei baltischen Staaten Litauen, Lettland und Estland sowie Polen brächten dagegen dem Westen ihre Befürchtungen in bezug auf die sicherheitspolitische Situation und der Entwicklung der Außenpolitik in der Russischen Föderation immer wieder zum Ausdruck. Die Sicherheitsinteressen der Ostsee-Anrainerstaaten könnten mit einer ständigen Einsatztruppe Ostsee (Hansekorps) befriedigt werden. Die Konzeption müsse auf der Grundlage der von den Ostseestaaten weiter betriebenen Integrationsbestrebungen in WEU und NATO stehen. Was die konkreten Aufgaben anbelange, so könne zunächst mit Grenzschutz, Fischereischutz, Umweltüberwachung und Schiffahrtsverwaltung begonnen werden.

Abg. Neljas (Estland) erklärte, der vorliegende Bericht gebe einen vollständigen Überblick über die Verteidigungssituation in den baltischen Staaten. Zudem offenbare er die Defizite auf dem Gebiet der Verteidigung, von denen insbesondere die kleineren Staaten betroffen seien.

Abg. Rüütel (Präsident der Baltischen Versammlung) führte aus, er begrüße die Entscheidung der WEU-Versammlung vom 22. Juni 1995, engere Beziehungen mit der Baltischen Versammlung zu pflegen. Der in Rede stehende Bericht sei zwar sehr ausführlich, jedoch vermisse er darin eine Auseinandersetzung mit der Kaliningrad-Region.

Hierauf wurde die zum Bericht gehörige Entschließung einstimmig verabschiedet.

Lord Finsberg (Vereinigtes Königreich) erläuterte die zentralen Aussagen seines Berichtes betr. die WEU im atlantischen Bündnis. Es gelte, Überlegungen anzustellen, wie das Verhältnis zwischen NATO und WEU verbessert werden könne, mit dem Ziel, die WEU als Mittel zur Stärkung des europäischen Pfeilers des atlantischen Bündnisses zu entwickeln und die Rolle, die Verantwortlichkeiten und die Beiträge der Mitgliedstaaten der WEU innerhalb des Bündnisses zu stärken. Eine engere Kooperation und eine größere Transparenz im Verhältnis zwischen NATO und WEU erfordere auch einen besseren Austausch von Dokumenten beider Institutionen. Zur Regierungskonferenz 1996 merkte Lord Finsberg an, weder die konservative Regierung noch die sozialdemokratische Opposition in Großbritannien wünschten ein Aufgehen der WEU in der EU. Nach kurzer Beratung einigte sich die Versammlung auf die aus der Anlage ersichtliche Entschließung.

Berichterstatter de Puig (Spanien) ging bei der Präsentation seines Berichts betr. die Regierungskonferenz und die Gestaltung der europäischen Sicherheit und Verteidigung zunächst auf die

drei Optionen für die Ausgestaltung des künftigen Verhältnisses von WEU und EU ein. Großbritannien setze sich für eine unabhängige WEU ein, d. h., die Partnerschaft von EU und WEU müßte unter Beibehaltung der vollen Autonomie der WEU hergestellt werden. Nach einer anderen Extremposition seien WEU und EU zusammenzulegen. Eine vermittelnde Auffassung stelle darauf ab, daß eine schrittweise Integration der WEU in die EU erfolgen solle. Der Aufbau einer europäischen Verteidigungsidentität, die im Einklang mit dem Vertrag von Maastricht stehe, bedeute ein engeres Zusammenführen von WEU und EU, denn die EU sei Kern der gemeinsamen Identität. In der Praxis seien die Auswirkungen der verschiedenen Optionen jedoch – kurzfristig gesehen – eher gering. Selbst wenn man sich für eine schnelle Zusammenlegung von WEU und EU ausspreche, werde diese Jahre in Anspruch nehmen. Spätestens auf der Sondertagung der Versammlung am 22. und 23. Februar 1996 in London gelte es, einen Konsens im Hinblick auf die Stärkung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität anzustreben, der auf der Grundlage der Schaffung engerer Beziehungen zwischen der WEU und der EU gefunden werden müsse.

Abg. Robert Antretter, Leiter der deutschen Delegation in der WEU, rief die Versammlung auf, darüber nachzudenken, welche Schlußfolgerungen aus dem politischen Versagen der westlichen Staatengemeinschaft im ehemaligen Jugoslawien gezogen werden müßten. Ohne die NATO und die ihrer Militärintegration zugeordneten Streitkräfte sei weder eine Befriedung noch eine Friedenskonsolidierung auf dem Balkan möglich. Das Konzept der „trennbaren und getrennten" alliierten Streitkräftekommandos sei nach wie vor ein realistischer und gangbarer Weg, die operativen Fähigkeiten der WEU zu stärken. Bei den anstehenden institutionellen Fragen solle ein pragmatischer Weg beschritten werden. Zunächst solle Klarheit darüber bestehen, in welchen Missionen und mit welchen verteidigungspolitischen Bezügen die WEU von der EU überhaupt beauftragt und wie in diesem Zusammenhang das Verhältnis zur NATO ausgestaltet werden könne.

Abg. Liapis (Griechenland) unterstrich, die Integration der WEU in die EU sei unumgänglich. Es sei die realistischste und zugleich effizienteste Lösung für die Verteidigung Europas. Die Versammlung solle sich nicht zu sehr mit sich selbst, sondern mit der Geschichte auseinandersetzen. Schließlich sollten die europäischen Partner die Verteidigungsausgaben angleichen. In Griechenland seien z. B. mehr als 70 v. H. des Haushalts für Verteidigungsausgaben vorgesehen, andere Staaten würden auf diesem Gebiet jedoch viel zu wenig investieren.

Abg. Bianchi (Italien) berichtete, beide Kammern in Italien stimmten Option B, also der engen Zusammenführung von WEU und EU, zu.

Lord Finsberg (Vereinigtes Königreich) stellte klar, daß die von Abg. Bianchi geäußerte Vorstellung illusorisch sei. Zu deren Umsetzung bedürfte es einer Mehrheitsentscheidung, die nicht vorgesehen sei. In der in Rede stehenden Frage gelte unumstößlich

das Einstimmigkeitsprinzip. Aus diesem Grunde solle man nicht länger die Zeit mit Integrationsgedanken verschwenden.

Abg. Davis (Vereinigtes Königreich) stimmte den Ausführungen seines Vorredners zu und wies darauf hin, daß der Umgang mit den einzelnen Optionen Verwirrung stifte. Abg. de Puig jedenfalls habe sich weder Option A, B oder C angeschlossen, vielmehr sei er – wie es aus dem Bericht hervorgehe – Verfechter einer vierten Option.

Abg. Roseta (Portugal) kritisierte, daß die Erklärung von Madrid einige Punkte enthalte, die nicht von der WEU-Versammlung beraten worden seien. Akzeptiere man diese Vorgehensweise, werde Sinn und Zweck der außerordentlichen Versammlung in London in Frage gestellt. WEU und EU hätten bislang als eigenständige Institutionen in getrennten Bereichen gut zusammengearbeitet. Es sei kein Grund ersichtlich, dies zu ändern. Vielmehr schade eine Zusammenführung letztlich beiden Organisationen. Überdies sei es schlechterdings unmöglich, neutrale Staaten in eine Verteidigungsorganisation aufzunehmen bzw. zu integrieren.

Abg. Valleix (Frankreich) stimmte den Ausführungen seines Vorredners zu. Er sei dagegen, daß sich die WEU einer anderen Organisation unterordnen müsse. Dies könne nämlich u. a. zur Folge haben, daß WEU-Soldaten zugunsten von Staaten zum Einsatz kämen, die nicht den Brüsseler Vertrag unterzeichnet hätten. Er rege daher an, diese Problematik ausführlich in London zu diskutieren.

Abg. Woltjer (Niederlande) führte aus, er sei im Hinblick auf die starre, gegen eine Zusammenführung gerichtete Haltung Großbritanniens geschockt.

Abg. De Decker (Belgien) erklärte, er sympathisiere mit der auf Beibehaltung der Autonomie der WEU zielenden Auffassung Großbritanniens und sei darüber hinaus der Ansicht, es sei erforderlich, die WEU zu stärken und ihre Ausstattung zu verbessern.

Anschließend verabschiedete die Versammlung die aus der Anlage ersichtliche Entschließung.

Hierauf trug der **spanische Außenminister Javier Solana** als amtierender Vorsitzender den Bericht des Rates vor. Er führte aus, daß sich seine Rede insbesondere auf politische Fragen konzentriere und die Ausführungen des spanischen Verteidigungsministers Pertierra ergänze. Das System von Maastricht sei nicht feststehend, sondern dynamisch und ziele auf die Entwicklung einer echten europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität ab. Die Regierungskonferenz 1996 biete die Gelegenheit, diesen Prozeß voranzutreiben. Darüber hinaus müsse die Rolle der WEU als europäischer Pfeiler der NATO weiterentwickelt werden. Die WEU habe künftig eine größere Verantwortung zu übernehmen, da ihre militärische Krisenreaktionsfähigkeit auszubauen sei. Das in Madrid gebilligte Dokument über die „Aufstellung und Zusammenführung von Streitkräften der WEU-Operationen" lege Mechanismen und Verfahren für die Aufstellung und Zusammenführung von WEU-Streitkräften in Krisenzeiten zur Durchführung einer Mission auf der Grundlage der Petersberg-Erklärung fest. Das

Papier „Europäische Sicherheit: ein gemeinsames Konzept der 27 WEU-Staaten" sei ein wichtiges Dokument, das in zweijähriger Arbeit erstellt worden sei. Es stelle einen wichtigen Beitrag der WEU zum Prozeß des Aufbaus einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur dar und zeige auch die Interessen der neuen assoziierten Partner auf. Hierauf ging der amtierende Vorsitzende im Wege darstellender Berichterstattung auf die Optionen für die Ausgestaltung des künftigen Verhältnisses zwischen WEU und EU ein. Die Zukunft der WEU sei eng mit der künftigen Architektur Europas verbunden. Nicht übersehen werden dürfe, daß die EU ohne Verteidigungselement lückenhaft sei. Die Entwicklung der WEU auf dem Gebiet der humanitären Einsätze und dem Krisenmanagement spiele eine wichtige Rolle, die in der EU gestärkt werden müsse. Der Bevölkerung sei jedenfalls nicht nachvollziehbar, warum mehr als eine Organisation für die Krisenbewältigung erforderlich sei. Zudem resultiere daraus die Gefahr, daß sich mehrere Organisationen selbst behinderten. Überdies fielen doppelte Haushaltsmittel an. Aus alldem folge, daß eine langsame, schrittweise und demnach verantwortungsvolle Integration der WEU in die EU erforderlich sei. Diese werde jedenfalls von Spanien favorisiert.

Abg. Davis (Vereinigtes Königreich) übte Kritik daran, daß in Madrid der Beitrag der WEU zur Regierungskonferenz 1996 gebilligt worden sei, also noch, bevor die Versammlung die Gelegenheit gehabt habe, den Bericht von Abg. de Puig (Spanien) zu diskutieren.

Minister Solana führte hierzu aus, der Ministerrat habe sich mit allen existierenden Optionen auseinandergesetzt. Es sei darum gegangen, die Interessen aller Mitgliedstaaten zu wahren.

Auf die Frage von **Abg. Pastusiak** (Polen), ob Minister Solana die Vision der Versammlung hinsichtlich künftiger Beziehungen zwischen WEU und NATO teile, antwortete dieser, die NATO werde von fundamentaler Bedeutung für Europa sein. Das Konzept der alliierten Streitkräftekommandos (CJTF) ziele zwar auf getrennte, aber einander ergänzende Streitkräfte ab.

Bonn, den 13. Januar 1996

Robert Antretter, MdB	**Klaus Bühler, MdB**
Sprecher der Delegation	stellvertretender Sprecher

Montag, 4. Dezember 1995

Tagesordnungspunkt

Ansprache des Präsidenten der WEU-Versammlung, Sir Dudley Smith (Großbritannien)

Tagesordnungspunkt

Ansprache des Generalsekretärs der WEU-Versammlung, José Cutileiro (Portugal)

Tagesordnungspunkt

Die Westeuropäische Rüstungsgruppe (WEAG): die Kursrichtung

(Drucksache: 1483)

Berichterstatterin:
Sen. Ana Guirado (Spanien)
Ko-Berichterstatter:
Lord Alexander Dundee (Großbritannien)

[Themen: Eigenständigkeit der europäischen Verteidigungsindustrie – Umstrukturierung und Rationalisierung der Verteidigungsindustrie – Gründung transnationaler europäischer Unternehmen – Reduzierung nationaler Verteidigungshaushalte – Übertragung der Aufgaben der WEAG auf die WEU – Schaffung eines Europäischen Projektbüros (EPO)]

Empfehlung 584 (1995) *)

betr. die Westeuropäische Rüstungsgruppe (WEAG): die Kursrichtung

Die Versammlung,

i. in Anbetracht dessen, daß die Sicherheit und Verteidigung Europas, wie im Vertrag über die Europäische Union vorgesehen, unabhängige militärische Mittel verlangen. Dies hängt zwangsläufig von einer eigenständigen europäischen Verteidigungsindustrie ab, welche auf Weltebene wettbewerbsfähig ist;

ii. feststellend, daß der Rüstungsmarkt schrumpft, es einen verstärkten Wettbewerb in diesem Bereich gibt und die Kosten für Verteidigungsgüter steigen, insbesondere aufgrund der technologischen Entwicklung;

iii. feststellend, daß Europa eine moderne Verteidigungsindustrie besitzt, die jedoch Überkapazitäten hat und unter einer schlechten Koordinierung der Anstrengungen im Forschungs- und Entwicklungsbereich, in der Technologie und der Produktion leidet;

*) Beschluß der Versammlung vom 4. Dezember 1995

iv. unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die europäische Verteidigungsindustrie sich ebenso wie die amerikanische Industrie auf einen großen Binnenmarkt stützen können muß zur Amortisierung der Forschungs- und Entwicklungs-, Produktions- und Industrialisierungsinvestitionen bei wirtschaftlichen Verhältnissen, die für die nationalen Haushalte tragbar sind;

v. feststellend, daß 80 % der Kapazitäten der Verteidigungsindustrie in Europa auf drei Staaten – Frankreich, Deutschland und das Vereinigte Königreich – entfallen;

vi. jedoch unter Berücksichtigung der Tatsache, daß kein Land in Europa heutzutage die Hoffnung hegen kann, eine Industrie aufrechtzuerhalten, die in der Lage wäre, alle seine militärischen Erfordernisse allein zu erfüllen;

vii. in der Auffassung, daß die Verteidigungsindustrie umstrukturiert und rationalisiert werden sollte, sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene, und daß sie sich in Richtung auf die Gründung transnationaler europäischer Unternehmen entwickeln muß;

viii. in der Auffassung, daß die Notwendigkeit einer europäischen Zusammenarbeit in Rüstungsfragen auf politischen, militärischen, wirtschaftlichen und industriellen Gründen beruht, die immer noch aktuell und heute noch einleuchtender und zwingender als jemals zuvor sind;

ix. in der Auffassung, daß in der heutigen Zeit eine verstärkte europäische Zusammenarbeit im Rüstungsbereich eine grundlegende Voraussetzung für die Aufrechterhaltung einer europäischen Verteidigungsindustrie ist, welche die Grundlage für das zukünftige europäische Verteidigungssystem bilden muß, in dessen Dienst sie gestellt werden muß;

x. unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Überprüfung der nationalen Militärpolitiken und die daraus resultierenden Einschränkungen bei den Streitkräften verschiedener Staaten eine direkte und unmittelbare Auswirkung des Wegfalls der sowjetischen Bedrohung ist, und daß gleichzeitig eine allgemeine Finanzkrise festzustellen ist, die eine mehr oder weniger generelle Reduzierung der nationalen Verteidigungshaushalte rechtfertigt;

xi. unter Hinweis darauf, daß diese Haushaltseinschränkungen, die zu einer Zeit erfolgen, wo die Verteidigungspolitiken festgelegt werden müssen, mehr auf finanziellen Erwägungen basieren als auf Gründen der Sicherheit und Verteidigung;

xii. unter Hinweis darauf, daß von Europa in den vergangenen 40 Jahren zahlreiche Anstrengungen im Bereich der Rüstungszusammenarbeit unternommen wurden, daß bislang jedoch eher bescheidene Fortschritte erzielt wurden;

xiii. unter Hinweis u. a. auf die Erklärung von Rom aus dem Jahre 1984, zu deren Zielen „die Entwicklung einer europäischen Zusammenarbeit im Rüstungsbereich gehört, für welche die WEU politische Anstöße geben kann", daß die Erklärung der Mitgliedstaaten der WEU im Anhang zum Vertrag über die Europäische Union die Notwendigkeit einer verstärkten Zusammenarbeit im Rüstungsbereich erwähnt „mit dem Ziel, eine Europäische Rüstungsagentur zu schaffen" und daß die Erklärung von Noordwijk feststellt, daß die Ausarbeitung einer europäischen Rüstungspolitik einerseits auf den von der Westeuropäischen Rüstungsgruppe entwickelten Aktivitäten basiert und andererseits auf den Untersuchungen im Hinblick auf die Schaffung einer Europäischen Rüstungsagentur und auf den Schlußfolgerungen der informellen Gruppe von Regierungsexperten der Mitgliedstaaten der WEU-WEAG und der Europäischen Union, deren Aufgabe es ist, Optionen für eine europäische Rüstungspolitik zu prüfen;

xiv. in Anbetracht dessen, daß die Übertragung der Aufgaben der IEPG, jetzt WEAG, an die WEU eine Konsequenz der im vorangegangenen Absatz erwähnten Wünsche ist;

xv. in Anbetracht dessen, daß die WEAG das geeignetste Gremium ist, günstige Bedingungen für die Entstehung einer europäischen Verteidigungsidentität zu schaffen, weil sie insbesondere alle Rüstungsaktivitäten umfaßt, die als komplementär betrachtet werden und in einer kohärenten Art und Weise entwickelt werden sollten, d. h. Harmonisierung der Erfordernisse, Kooperationsprogramme, Forschung und Entwicklung und Beschaffungspolitik;

xvi. in Anbetracht dessen, daß die Zusammenarbeit zwischen Staat und Industrie der sicherste Weg ist, um einen starken europäischen Inlandsmarkt zu schaffen;

xvii. in Anbetracht dessen, daß die Zusammenarbeit noch effizienter ist, wenn sie bereits in der Entwicklungsphase oder im Stadium der Forschung beginnt, und daß daher echte Anstrengungen zur Harmonisierung der operationellen Erfordernisse zwischen den Staaten erforderlich sind, was die WEU derzeit offensichtlich nicht ohne starke politische Impulse erreichen kann;

xviii. in Anbetracht dessen, daß die für die Forschung, Entwicklung und Technologie von den europäischen Regierungen zur Verfügung gestellten Ressourcen drei- bis viermal niedriger sind als die von der amerikanischen Regierung bereitgestellten Ressourcen für diese Aktivitäten, und daß sich diese Differenz immer mehr vergrößert;

xix. in der Auffassung, daß das EUCLID-Programm trotz derzeitiger Erfolge strukturelle Schwächen besitzt und auf Konkurrenz durch bi- oder trilaterale Zusammenarbeit stößt, welche einfacher zu gestalten ist;

xx. in Anbetracht dessen, daß Überkapazitäten beseitigt werden sollten, wo immer sie bestehen, daß jedoch eine gewisse Diversifizierung der Kapazitäten in Europa insoweit erhalten werden sollte als lebenswichtige Interessen von souveränen Staaten zu berücksichtigen sind;

xxi. mit Bedauern darüber, daß Maßnahmen zur Öffnung der europäischen Märkte für Verteidigungsgüter in der Praxis nicht angewandt werden und damit nur als Absichtserklärungen bestehen;

xxii. jedoch angesichts dessen, daß die systematische Anwendung des Prinzips des angemessenen Ertrags ein wirtschaftliches Hindernis ist, welches Kosten und Überkapazitäten steigen läßt;

xxiii. feststellend, daß es für verschiedene Länder schwierig ist, Verständigung über heikle Fragen wie Wettbewerb, die Schaffung einer Verteidigungsindustrie- und Technologiebasis, die Unterstützung kleinerer Länder und Beschaffungsvorschriften zu erzielen;

xxiv. mit Genugtuung darüber, daß zu den Prioritäten von Panel III die Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie und Technologiebasis gehört, deren Ziel nicht darin besteht, einen Krieg gegen die Vereinigten Staaten zu führen, sondern eine auf Weltebene wettbewerbsfähige europäische Verteidigungsindustrie zu besitzen;

xxv. hervorhebend, wie wichtig der Wettbewerb zwischen der WEAG und den europäischen Verteidigungsindustrien, die in der Europäischen Verteidigungsindustriegruppe (EDIG) vertreten sind, für die Stärkung der industriellen und technologischen Grundlage der europäischen Verteidigung ist;

xxvi. jedoch mit Bedauern darüber, daß keine echte Partnerschaft zwischen den Nationalen Rüstungsdirektoren und der EDIG besteht und eine Antwort von seiten der zuständigen nationalen Behörden auf das Memorandum der EDIG über die Regierungskonferenz 1996 noch aussteht;

xxvii. schließlich mit Bedauern darüber, daß es den Nationalen Rüstungsdirektoren auf ihrem Treffen am 20. Oktober 1995 nicht gelungen ist, eine Verständigung über die Schaffung einer Europäischen Rüstungsagentur zu erzielen;

xxviii. feststellend, daß die Nationalen Rüstungsdirektoren auf diesem Treffen vorgezogen hatten, keine Stellungnahme zur Schaffung einer deutsch-französischen Struktur der Rüstungskooperation abzugeben, da sie die Ansicht vertraten, daß diese Angelegenheit von den Verteidigungsministern auf ihrem Treffen am 13. November in Madrid entschieden werden sollte,

EMPFIEHLT DEM RAT,

1. in bezug auf die Panels der WEAG:

Panel I

- engere Beziehungen zwischen Panel I und der Untergruppe der Eurolongterm herzustellen, die es den Mitgliedern von Panel I erlauben, Kontakte zu den nationalen Vertretern von Eurolongterm herzustellen und mit ihnen in Kontakt zu bleiben, damit die Zusammenarbeit und der Informationsaustausch verbessert werden können;
- das Mandat von Eurolongterm neu zu definieren;
- die Staaten zu ermutigen, verläßliche Zeitpläne für den Austausch von Verteidigungsgütern auf den Überprüfungstreffen für Verteidigungsgüter vorzulegen;
- die Teilnahme von Experten für Heeres-, Marine- und Luftwaffenfragen aus den einzelnen Ländern bei den Überprüfungstreffen für Verteidigungsgüter zu erleichtern, um die Erfolgsaussichten von Projekten, die als realisierbar betrachtet werden, zu steigern,
- darüber nachzudenken, wie das Ziel eines Zehn-Jahresplans, der jährlich aktualisiert werden würde, verwirklicht werden kann im Hinblick auf die Ausrüstung der europäischen Streitkräfte und zumindest die großen Programme;
- die Harmonisierung operationeller Erfordernisse zu ermutigen und zu institutionalisieren, um jene Erfordernisse genau festzulegen, die geeignet sind für die Indienststellung oder Verwendung von gemeinsamem Gerät, und dabei die Notwendigkeit zu berücksichtigen, daß militärische Erfordernisse so früh wie möglich harmonisiert werden sollten, möglichst schon im Forschungs- oder Entwicklungsstadium;
- die Ausarbeitung eines Weißbuches in Betracht zu ziehen, in dem die Verteidigungserfordernisse der europäischen Staaten festgelegt werden, damit die Staaten die Möglichkeit erhalten, soweit wie möglich Verteidigungsgüter in Übereinstimmung mit den gemeinsamen Erfordernissen zu produzieren;
- ständige Kontakte zwischen den Untergruppen von Panel I und den entsprechenden Lenkungsausschüssen der CEPA (Common European Priority Areas) einzurichten;
- die Beziehungen zwischen Panel I und Panel III insoweit zu stärken, als Fragen betroffen sind, die von direktem Interesse für Panel I sind und sich auf den angemessenen Ertrag, die Kompensation und den Wettbewerb beziehen, welche Hindernisse für die Verständigung über die Schaffung eines effizienten europäischen Marktes für Verteidigungsgüter sind;

Panel II

- zu beschließen, der Forschungszelle größere Eigenständigkeit zu verleihen, indem ihr der Status einer nachgeordneten Stelle der WEU (Übergang zu Schritt 2) übertragen wird, was ihr die Möglichkeit geben würde, Verträge zu vergeben und sie weiterzuverfolgen;
- sobald die Westeuropäische Rüstungsorganisation geschaffen ist, in Betracht zu ziehen, die EUCLID-Zelle in dieses Gremium einzugliedern, damit die Agentur operationelle Aktivität und neue Anstöße für das EUCLID-Programm erhält;
- die Möglichkeit in Betracht zu ziehen, daß die EUCLID-Zelle – sobald sie einen unabhängigen Haushalt besitzt – einen Forschungs- und Entwicklungsplan ausarbeitet auf der Basis der militärischen Erfordernisse, welcher über die derzeitigen Zuständigkeiten der Planungszelle der WEU und von Eurolongterm hinausgeht;
- Möglichkeiten zu prüfen und anzuwenden im Hinblick auf eine Korrektur der Schwächen des EUCLID-Programms durch eine Verkürzung der Fristen, eine Straffung der Verfahren und eine Erleichterung der Verhandlungen;
- im Rahmen des EUCLID-Programms die Forschungsthemen zu berücksichtigen, die in den anderen zwischen den WEAG-Staaten bestehenden Kooperationsvereinbarungen und -rahmen festgelegt wurden;
- zu beschließen, eine Studie in die Wege zu leiten auf der Grundlage der von der EDIG vorgeschlagenen Studie über die Feststellung von Technologien, die als vorrangig für die Verteidigung der WEAG-Staaten betrachtet werden;
- die Beziehungen zwischen Panel II und EDIG auf der Grundlage des gegenseitigen Vertrauens zu erweitern und zu vertiefen;
- Vorkehrungen zu treffen, damit der Eurofinder-Komplex, der eine Weiterentwicklung von EUCLID ermöglicht, mit Beginn des Jahres 1996 betriebsbereit ist;

Panel III

- die Schaffung europäischer Normen für einen offenen Markt zu ermutigen;
- Überlegungen anzustellen über die Ausarbeitung und endgültige Gestaltung einer bestimmten Vertragsform für Beschaffungen im Rahmen der Europäischen Rüstungsagentur;
- zu beschließen, daß die WEAG-Panels nicht länger auf freiwilliger Basis arbeiten müssen, sondern sich aus ständigen Mitgliedern zusammensetzen, die ausschließlich der Arbeit in die-

sen Panels nachgehen, damit Zeit gewonnen und Effizienz und Kontinuität verbessert werden können;

schließlich die Schaffung intensiverer Beziehungen zwischen den verschiedenen Panels und der Ad-hoc-Gruppe im Hinblick auf die Komplementarität und Kohärenz der in der WEAG verfolgten Arbeit zu ermutigen;

2. einen Ausschuß der Generalstabschefs als einen notwendigen Rahmen für die Festlegung der Erfordernisse und der gemeinsamen Verteidigungsgüter zu schaffen;
3. eine Europäische Rüstungsagentur der variablen Geometrie zu planen, die auf der einen Seite in einem weiteren Rahmen die dreizehn Staaten zusammenbringt, für welche eine Reihe von allgemeinen Regelungen und Bestimmungen gelten würde und andererseits in einem engeren Rahmen Staaten zusammenbringt, die sich voraussichtlich über besondere Regelungen verständigen können, und sicherzustellen, daß diese Organisation die Komplementarität der gemeinschaftlichen und zwischenstaatlichen Blöcke nutzt unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Kommission über die finanziellen Ressourcen verfügt, die für die Verteidigungsindustrie in Europa von Vorteil sein können;
4. die Modalitäten für die Schaffung eines Europäischen Projektbüros (EPO) festzulegen;
5. in Betracht zu ziehen, das Konzept des angemessenen Ertrags zu ändern durch vernünftige Ausgleichsmaßnahmen oder wirtschaftlichen Spin-off, insbesondere durch die Politik der Beibehaltung bestehender Aktivitätsbereiche, die zur Spezialisierung führen;
6. die Festlegung einer europäischen Verteidigungsindustrie- und Technologiebasis zu fördern;
7. eine echte Partnerschaft zwischen den Nationalen Rüstungsdirektoren und der EDIG zu schaffen;
8. die nationalen Behörden dringend aufzufordern, auf das EDIG-Memorandum über die Regierungskonferenz 1996 zu antworten;
9. Stellung zu nehmen zur Schaffung einer deutsch-französischen Struktur der Kooperation unter Berücksichtigung der Tatsache, daß diese Initiative keine konkurrierende, sondern komplementäre Initiative ist.

Tagesordnungspunkt

Ansprache des Verteidigungsministers des Königreichs Spanien, Suarez Pertierra

Leni Fischer (CDU/CSU): Herr Minister, ich habe eine Frage zu den rüstungskontrollpolitischen Maßnahmen. Im Zusammenhang mit der Aufhebung des Embargos kann ein Teil Waffen, wenn auch leichtere Waffen, in die entsprechenden Gebiete hineinkommen. Auf der anderen Seite wissen wir, daß das frühere Jugoslawien den KSE-Vertrag und auch KSE 1a nicht unterschrieben hat. In welcher Form, glauben Sie, und in welchem Zeitraum können wir zu abrüstungspolitischen Maßnahmen im ganzen Gebiet kommen?

*Der **spanische Verteidigungsminister Suarez Pertierra** erklärte, daß seiner Ansicht nach ein Aufheben des Waffenembargos letztendlich zu dem von allen gewünschten Ergebnis führen würde. Dieses Thema würde in Kürze auf der Konferenz in Bonn besprochen werden. Fortschritte könnten jedoch nur erreicht werden, wenn die Bedingungen des Friedensübereinkommens eingehalten würden.*

Dienstag, 5. Dezember 1995

Tagesordnungspunkt

Die Wiederaufnahme der französischen Kernwaffenversuche im Pazifik *)

(Drucksache: 1488)

Berichterstatter:
Sir Russel Johnston (Großbritannien)

(Themen: Vereinbarkeit der Kernwaffenversuche mit dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen – Unmöglichkeit des Nachweises der Notwendigkeit von Kernwaffenversuchen – Gefährdung des Abschlusses eines Kernwaffen-Teststoppvertrages – Auswirkung einseitiger Sicherheits- und Verteidigungspolitik – Einleitung einer Grundlagendiskussion über die Rolle der französischen Nuklearstreitkräfte im Rahmen einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik – politische Folgen für die Kohärenz der europäischen Politik im Hinblick auf die Förderung der Nichtverbreitung von Nuklearwaffen – Ermöglichung einer Zusammenarbeit Frankreichs und Großbritanniens auf dem Gebiet der nuklearen Streitkräfte)

Benno Zierer (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, zu jedem Bericht gehört auch eine Aussprache. Das war immer so. Deshalb ist es richtig, daß an dieser Übung festgehalten wird.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich habe Verständnis für den Wunsch der französischen Regierung, die Glaubwürdigkeit ihrer atomaren Abschreckung durch die Ergebnisse der neuesten Tests zu untermauern. Zu begrüßen ist die Ankündigung, daß nicht alle acht vorgesehenen Versuche stattfinden sollen, wenn die erforderlichen Ergebnisse vorher erbracht werden können. Ich vertraue dem Wort, daß nach Abschluß dieser Testserie alle herkömmlichen Tests durch Computersimulation ersetzt werden können.

Ich muß aber zu bedenken geben, daß die Testgebiete sowohl aus ökologischen als auch aus ethnischen Gründen schutzwürdig sind. Niemand kann mit letzter Sicherheit ausschließen, daß die derzeitigen unterirdischen Versuche – wenn auch erst auf lange Sicht – Radioaktivität freisetzen und Schäden

*) Eine Empfehlung wurde nicht verabschiedet, da das erforderliche Quorum nicht erfüllt wurde.

im tektonischen Unterbau der Atolle verursachen. Zu schwer wiegt bereits die Hypothek aus den unbekümmerten Versuchen der 50er und 60er Jahre, die die Atomwaffenstaaten damals in oft unverantwortlicher Weise in der Südsee unternommen haben, wodurch ganze Inseln zerstört oder für immer unbewohnbar gemacht wurden. Wir bauen daher auf das Verantwortungsbewußtsein der französischen Regierung, mit größtmöglicher Vorsicht zu Werke zu gehen und im Zweifelsfall auf weitere Versuche zu verzichten.

Lassen Sie mich noch zwei, drei Sätze aus deutscher Sicht sagen. Die deutsch-französische Freundschaft war stets der Motor der europäischen Integration und ein Pfeiler der deutschen Nachkriegspolitik. Sie darf nicht durch Unterschiede in Detailfragen aufs Spiel gesetzt werden. Andererseits gehört es zum Wesen einer Freundschaft, daß Sorgen zum Ausdruck gebracht und Bedenken frei geäußert werden dürfen. Deutschland hat sich nicht in den Chor der internationalen Proteste gegen Atomversuche eingereiht. Wir gehen aber davon aus, daß unsere Bewertung dieser Versuche zur Kenntnis genommen und bei der weiteren Vorgehensweise der französischen Regierung berücksichtigt wird. Wir wollen nicht, daß das Ansehen Frankreichs wegen dieser Versuche nachhaltig geschädigt wird.

Dieter Schloten (SPD): Herr Präsident! Die Worte meines Vorredners machen mich sehr nachdenklich, denn ich wollte damit beginnen, zu sagen, daß der Bericht von Sir Russel Johnston ein sehr umfassender, sehr gründlicher Bericht ist und daß die Schlußfolgerungen sehr maßvoll sind. Er fordert ja einen Stopp bzw. eine Einschränkung der Versuche. Nun haben wir vier dieser Tests erlebt, und die französische Regierung hat gesagt, daß alle vier Tests sehr erfolgreich waren. Ich möchte wirklich die Frage stellen: Kann man denn nach diesen vier Tests nicht damit aufhören?

Der Bericht von Sir Russel Johnston fordert darüber hinaus, daß der europäische Dialog hier auf der Ebene der Westeuropäischen Union sowie in der Europäischen Union geführt wird; denn wenn wir eine gemeinsame europäische Verteidigung wollen, müssen wir ja die Frage stellen, ob die Atomwaffen in Frankreich und in Großbritannien letztlich in nationaler Verfügungsgewalt bleiben oder ob es zumindest so etwas wie die Nukleare Planungsgruppe der NATO gibt, nämlich daß bei einem – hoffentlich nie erforderlichen – Einsatz dieser Waffen eine Mitberatung erfolgt.

Nun hat es in der öffentlichen Diskussion – in den Medien, aber auch in der politischen Diskussion – viele schrille, teils beleidigende und irrationale Äußerungen gegeben, bis hin zu Boykottaufrufen. Das hat es auch in Deutschland gegeben, und ich bedaure das sehr. Zwar bin ich kein Fachmann, und ich kann die ökologischen und letztlich auch die geopolitischen Auswirkungen dieser Tests nicht beurteilen, aber ich weiß, daß irrationale Diskussionen statt vernünftiger Diskussionen politisch nicht weiterführen.

Eines allerdings ist eine Realität, und das sind die Gefühle und Empfindungen der Menschen. Wir haben diese Gefühle als politische Realitäten im Südpazifik zu registrieren und zu respektieren, ob es in Neuseeland und Australien oder auf den Inseln in der Nähe der Tests ist. Aber wir haben auch – und das wird oft vergessen – die Gefühle der Menschen in Frankreich zu respektieren und ernst zu nehmen, und wir müssen feststellen, daß eine deutliche Mehrheit hier in Frankreich nicht gegen diese Tests protestiert.

Ich denke, es sind zwei Gründe, die dahinter stehen. In den letzten 125 Jahren ist Frankreich dreimal von seinem östlichen Nachbarn Deutschland überfallen worden, dreimal! Das sind andere historische Voraussetzungen als in anderen Ländern. Natürlich gibt es Nachbarn, die genauso überfallen worden sind, aber das Sicherheitsbedürfnis der Menschen in Frankreich ist ernst zu nehmen.

Und es gibt auch politische Gründe, die heute dafür sprechen. Es gibt politische Hasardeure in unserer Welt, die nach biologischen, chemischen und atomaren Waffen streben, und wer weiß, was in zehn bis zwanzig Jahren sein wird.

Nun muß man natürlich auch die Frage stellen, ob atomare Abschreckung in der heutigen Welt wirklich noch ihren Zweck erfüllt; denn bei dem Terrorismus gegen die Zivilgesellschaften, den wir heute erleben – sei es in Bosnien, sei es in Algerien, sei es im Osten der Türkei –, kann man keine atomare Abschreckung einsetzen, da muß über andere Mittel nachgedacht werden, wenn Abschreckung überhaupt möglich ist. Wir müssen auch diese Fragen politisch erwägen.

Auf der anderen Seite ist, glaube ich, Abschreckung durch atomare Waffen gegenüber Terroristen an der Spitze von Staaten durchaus noch erforderlich.

Lassen Sie mich noch auf einen Punkt eingehen, den mein Kollege Zierer schon genannt hat: Die deutsch-französische Freundschaft ist das kostbarste politische Gut, das wir Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg hier in Europa zu hüten haben. Sie ist, gemeinsam mit der transatlantischen Beziehung und Freundschaft, die Basis für den Frieden in Europa, und sie ist der Motor der Europäischen Union. So wird es ja auch von den Nachbarn gesehen. Von daher darf es nicht dazu kommen, daß Politiker in Deutschland vom Verurteilen der französischen Haltung sprechen, wie es häufig geschehen ist.

Meine Damen und Herren, der Russel-Bericht verurteilt nicht. Er ist kritisch, aber konstruktiv. Er fordert zu engerer europäischer sicherheitspolitischer Zusammenarbeit auf und klammert dabei die Frage der Nuklearwaffen nicht aus. Deshalb empfehle ich der Versammlung, daß wir uns den Empfehlungen des Russel-Berichts anschließen. – Ich danke Ihnen.

Wolfgang Behrendt (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin meinem deutschen Kollegen Schloten sehr dankbar dafür, daß er die Bedeu-

tung der deutsch-französischen Freundschaft noch einmal hervorgehoben hat und deutlich gemacht hat, daß unsere Haltung vor dem Hintergrund dieser Freundschaft sorgfältig abgewogen werden muß und wir uns nicht von Emotionalität leiten lassen dürfen.

Dennoch denke ich, daß Freundschaft auch Ehrlichkeit gegenüber dem Freund bedeutet. Da muß man feststellen: Die Mehrheit der Länder der Europäischen Union, die Vereinten Nationen, die Parlamentarische Versammlung der OSZE, das Europäische Parlament und viele andere Organisationen, in denen Frankreich auch Mitglied ist, haben die französischen Nukleartests mittlerweile verurteilt. Dennoch hat sich Frankreich über alle Einwände, insbesondere über alle potentiellen ökologischen Gefahren – der Berichterstatter hat darauf hingewiesen, daß die Risiken ökologischer Natur nicht unbedingt abwägbar sind –, über rechtliche Bedenken und nicht zuletzt auch über die Interessen der Bevölkerung im Südpazifik hinweggesetzt.

Gerade deshalb müssen wir heute eindeutig Flagge zeigen. Meine Forderung wäre, daß die französischen Nuklearversuche unverzüglich eingestellt werden. Denn es macht doch keinen Sinn, angesichts von vier Nuklearversuchen, die bereits durchgeführt sind, und zwei weiteren, die noch angekündigt sind, heute zu sagen, die Zahl der Versuche müsse reduziert werden.

Mitte Oktober haben 95 UN-Staaten, darunter immerhin zehn Mitglieder der Europäischen Union, das Ende der Atomtests gefordert. Zehn Mitglieder der Europäischen Union sind immerhin eine Zweidrittelmehrheit. Deutschland hat sich bei der Abstimmung über diese UN-Resolution der Stimme enthalten. Die deutschen Sozialdemokraten haben das kritisiert.

Meine Damen und Herren, die französische Regierung hat die gegenwärtige Atomtestserie im Südpazifik unter anderem mit dem Angebot gerechtfertigt, die französischen Atomwaffen unter die Verfügungsgewalt der Westeuropäischen Union zu stellen. Dieser Vorschlag ist von den meisten europäischen Ländern abgelehnt worden, und das aus gutem Grund. Denn die Beschaffung einer atomaren Verteidigung für Europa würde meines Erachtens gegen die Bedingungen des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen verstoßen. In diesem Vertrag heißt es:

> „Jeder Nichtkernwaffenstaat, der Vertragspartei ist, verpflichtet sich, Kernwaffen oder sonstige Kernsprengköpfe oder die Verfügungsgewalt darüber von niemandem unmittelbar oder mittelbar anzunehmen."

Vergessen wir nicht, daß dieser Vertrag im Mai bestätigt worden ist. Damit haben sich die Unterzeichnerstaaten zu einer grundsätzlichen nuklearen Abrüstung verpflichtet.

Die Beibehaltung als auch die Weiterentwicklung atomarer Waffen im nationalen oder im europäischen Kontext verstoßen deshalb meines Erachtens gegen Geist und Wortlaut des Nichtweiterverbreitungsvertrages. Sollte Europa in irgendeiner Form gegen diese Bedingungen verstoßen, dann würde dies möglicherweise eine weltweite Verbreitung von Atomwaffen unter Nichtatomwaffenstaaten nach sich ziehen oder zumindest präjudizieren. Die Einhaltung dieses Vertrages – ich denke, darüber müssen wir uns im klaren sein – ist für die Sicherheit der Welt unentbehrlich. Frankreich hat durch die Fortführung seiner Nukleartests das Testmoratorium und die mühsam erstrittene Verlängerung der Geltung des Atomsperrvertrages gleichermaßen in Frage gestellt. Ich glaube, es ist nicht glaubwürdig, von einer Mehrheit der Staaten den Verzicht auf eigene Atomwaffen zu verlangen, während man das eigene Potential ständig weiterentwickelt. Atomare Schwellenländer dürfte das französische Beispiel eher dazu ermutigen, ihre eigenen Atomprogramme weiter voranzutreiben.

Meine Damen und Herren, ungeachtet der Fragwürdigkeit, die meines Erachtens der Theorie militärischer Abschreckung heute innewohnt – es ist, ich glaube, vom Kollegen Schloten, zu Recht darauf hingewiesen worden, daß die Probleme heute eher im Bereich des Terrorismus oder in dem liegen, was einige Außenseiter der Völkergemeinschaft möglicherweise planen –, geht es jetzt um die Frage, wie Europa zukünftig sicherheitspolitisch strukturiert sein soll. Daß dies keine Frage nur zwischen Frankreich und England oder Frankreich und Deutschland sein darf, versteht sich von selbst. Alle Mitgliedstaaten der Westeuropäischen Union müssen einbezogen werden.

Insofern würde ich diesem Antrag zustimmen, da in ihn dieses Element aufgenommen wurde. Wir sollten aber gleichzeitig klar und unmißverständlich eine Europäisierung französischer Atomwaffen zurückweisen. Laßt uns nicht eine neue, völlig unnötige Debatte über atomare Rüstung anfangen! Gehen wir nicht das Risiko einer neuen Spirale atomarer Rüstung ein! Denn das Ziel darf nicht die Internationalisierung von Atomwaffen sein, sondern muß eine weitergehende atomare Abrüstung sein. – Danke sehr.

Robert Antretter (SPD): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Gewiß: Mit der Wiederaufnahme der französischen Kernwaffenversuche auf dem Mururoa-Atoll hat sich Frankreich in die Gefahr einer politischen Isolation begeben. Die weltweiten Proteste zeigen: Die Zündung der Bomben auf der Versuchsanlage in der Südsee paßt nicht mehr in eine Zeit, in der sich die Welt von dem Damoklesschwert einer atomaren Selbstvernichtung befreien möchte. Dies ist heute schon mehrfach angesprochen worden. Erlauben Sie mir deshalb, daß ich nur einige Sätze an die Kritiker innerhalb meines Landes an der französischen Position richte.

Bei allen Bedenken: Ohne einen deutsch-französischen Grundkonsens wird es bei der für das kommende Jahr geplanten Revisionskonferenz des Maastricht-Vertragswerks zu keinen Fortschritten kom-

men. Ich sage das ohne Zurücksetzung der anderen Länder, wenn ich hinzufüge, daß dies auch für die Rechte und für die Stärkung des Europäischen Parlaments und insbesondere für die Frage gilt, wie die europäische Verteidigungsidentität im Rahmen der WEU gestärkt werden kann.

Bisher war das Kernwaffenarsenal Frankreichs und Großbritanniens ein europäisches Tabuthema. Wenn dem französischen Premierminister Juppé ernsthaft daran liegt – ich sehe keinen Grund, ihm nicht zu glauben –, daß es einen europäischen Dialog über die künftige Rolle der französischen Kernwaffen gibt, dann sollte dieses Thema gerade in der WEU erörtert werden. Denn die WEU ist die einzige europäische Organisation, die hierzu vertraglich befugt ist und die über die geeigneten institutionellen Strukturen verfügt. Ich befürchte, das zurückliegende Ministertreffen in Madrid ist, was diesen Punkt betrifft, eher eine vertane Chance. Ich habe die Hoffnung, daß die Versammlung bei der morgigen Debatte über den Bericht unseres Kollegen de Puig Gelegenheit nimmt, sich eingehender dazu zu äußern.

In Anbetracht der durch die Abrüstungsschritte der atomaren Supermächte geweckten Hoffnungen wäre es für die Akzeptanz der europäischen Einigungsidee abträglich, wenn sich diese Diskussion nur auf die Frage verengen würde, wie das Kernwaffenarsenal Frankreichs und Großbritanniens für eine erweiterte Abschreckung der WEU oder der Europäischen Union genutzt werden kann. Der Nichtweiterverbreitungsvertrag mit seinen restriktiven Bedingungen für eine direkte und indirekte Mitverfügungsgewalt durch die Nichtkernwaffenstaaten darf nicht ausgehöhlt werden.

Es wäre gut, wenn die WEU eine gemeinsame Initiative für den raschen Abschluß eines umfassenden nuklearen Teststoppvertrags unternehmen würde. Im Rahmen der Abrüstungskonferenz der UNO in Genf ist ein erster Vertragsentwurf erstellt worden; jedoch sind wesentliche Probleme noch immer offen. Es wäre ein für alle Bürger der Europäischen Union sichtbarer Fortschritt auf dem Weg zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, wenn die Mitgliedstaaten der WEU in allen offenen Fragen mit einer Stimme sprechen würden. Dazu gehören die Verhandlungsthemen, ob alle Kernwaffentests untersagt werden sollen, wie ein geeigneter Verifikationsmechanismus aufgebaut werden kann und wie generell das Abkommen durch eine kostengünstige Organisation umgesetzt werden kann.

Herr Präsident, der baldige Abschluß des nuklearen Teststoppabkommens wäre zweifelsohne ein wichtiger Beitrag, um den beunruhigenden Tendenzen der Weiterverbreitung von Kernwaffen und anderer Massenvernichtungswaffen entgegenzutreten. Staatspräsident Chirac hat hierzu einen konstruktiven Beitrag Frankreichs angekündigt. Die Mitgliedstaaten der WEU sollten die französische Regierung jetzt beim Wort nehmen.

Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt

Ansprache des Ministerpräsidenten der Republik Ungarn, Guyla Horn

Robert Antretter (SPD): Danke schön, Herr Präsident. – Herr Ministerpräsident, erlauben Sie, daß ich als deutscher Delegationsleiter Ihnen als erstes dafür danke, daß Sie vor sechs Jahren den ersten Stein aus der Mauer gebrochen haben. Die Gefühle meiner Landsleute für Sie sind heute so freundschaftlich wie 1989, als die Grenze, die ja auch Trennung bedeutete, in Ihrem Land zu einem anderen Wort für Hoffnung wurde. (Beifall)

Gestatten Sie mir nun, zwei Fragen an Sie zu richten:

Erstens. Sie haben sich zu dem Friedensabkommen für Bosnien-Herzegowina geäußert. Dennoch wollte ich Sie fragen: Welches ist Ihrer Meinung nach der kritische Punkt des Abkommens, und was kann oder muß man von außen dazu tun?

Zweitens. Halten Sie die Vorschläge – ich denke an den WEU-Ministerrat in Madrid –, die MOE-Staaten im Rahmen einer verbundenen Struktur von Europäischer Union und WEU in ein europäisches Sicherheitskonzept einzubeziehen, angesichts der Schwierigkeiten bei der NATO-Erweiterung für einen geeigneten Weg, den Sicherheitsbedürfnissen dieser Länder zumindest vorübergehend zu entsprechen? Denn deren Hauptziel wird ja der Eintritt in die NATO sein. – Vielen Dank.

*Der **ungarische Ministerpräsident Horn** erklärte, daß der Vertrag über Bosnien-Herzegowina kritische Punkte enthalte. Die zwei Hauptprobleme seien die Beachtung der Grenzen und die Rückführung der Flüchtlinge. Der 15. Dezember würde jedoch der Beginn des Kriegsendes sein.*

Er wolle sich, so Horn, zu den Beziehungen zwischen der WEU und der NATO nicht äußern, da er an der bereits in der Versammlung stattgefundenen Diskussion nicht teilgenommen habe und sich nicht in die internen Angelegenheiten der WEU einmischen wolle.

Dieter Schloten (SPD): Herr Premierminister, es war, glaube ich, für all diejenigen, die es registriert haben, ein erstaunliches Ereignis, daß im Rahmen des Dayton-Vertrages amerikanische Soldaten auf ungarischem Boden stationiert werden, um den Friedensprozeß in Bosnien zu sichern. Ich möchte Sie fragen: Knüpfen sich an diese Stationierung weitergehende Überlegungen der ungarischen Regierung bezüglich der NATO-Mitgliedschaft, die ich ausdrücklich befürworte? Die Russen haben in Dayton ja zugestimmt, aber gibt es auch negative Reaktionen auf diese Stationierung in Ungarn?

***Ministerpräsident Horn** erklärte, daß es keine negativen Reaktionen gegeben habe. Ungarn hätte sich die Argumente der NATO in bezug auf eine Unterstützung des Friedensprozesses angehört, und die diesbezüglichen Aktivitäten Ungarns seien lediglich eine humanitäre Geste.*

Günter Marten (CDU/CSU): Herr Ministerpräsident! Ich vertrete im Deutschen Bundestag einen Wahlkreis aus den neuen Bundesländern. Er liegt in Mecklenburg-Vorpommern. Ich weiß, welche besondere Bedeutung Ihr Land bei der Wiedervereinigung von Ost- und Westdeutschland hatte. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich bei Ihrem Land dafür ganz herzlich zu bedanken! Gerade Sie, Herr Ministerpräsident, haben persönlich mitgeholfen, die ersten Steine aus der grausamen Mauer zu reißen. Dafür gebührt Ihnen auch persönlich unser Dank.

Ich selber möchte eine Frage zu dem Problem der Minderheiten stellen. Sie haben mit Ihren Nachbarn und auch mit den Regionalstaaten bilaterale Verträge abgeschlossen, die auch in der Minderheitenfrage den, wenn man das so sagen darf, OSZE-Standards entsprechen. Stoßen Überlegungen einiger Visegrad-Staaten, die strukturelle und inhaltliche Zusammenarbeit zu verstärken, möglicherweise in ihren Inhalten etwas zu verändern, in Ihrem Land auf Vorbehalte? – Danke schön.

Der ***ungarische Ministerpräsident*** *erwiderte, daß er diesen Punkt in seiner Rede angesprochen habe. Ungarn hoffe, zu diesem Thema ein Sonderabkommen mit der EU abschließen zu können. Er fügte hinzu, daß dieses Thema auf bilateraler Ebene behandelt werden würde.*

Tagesordnungspunkt

Ansprache des Verteidigungsministers des Vereinigten Königreichs, Michael Portillo

Tagesordnungspunkt

Sicherheit und militärische Zusammenarbeit im Ostseeraum

(Drucksache: 1494)

Berichterstatter:
Abg. Günter Marten (Bundesrepublik Deutschland)

[Themen: Interessen der Ostseeanlieger an friedlichen und geregelten Beziehungen – Bewertung von wirtschafts- und sicherheitspolitischen Strukturen im Hinblick auf eine Annäherung der Länder der Ostseeregion an EU, NATO und WEU – Osterweiterung von WEU und NATO – Gedanken zur Planung im Bereich der militärischen Kommunikation – Konzeption für eine „Ständige Einsatzgruppe Ostsee" (Hanse-Korps)]

Günter Marten (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe einen Bericht zu erläutern, der Ihnen schriftlich vorliegt und Ihnen auch in seinen einzelnen Ergebnissen zur Kenntnis gekommen ist. Soweit Sie Fragen und Anregungen haben, möchte ich diesen Bericht heute mit Ihnen durchdiskutieren.

Wenn Sie es selber einmal erlebt haben, daß Sie in einem einzelnen Ausschuß einen Report zu übernehmen haben, dann ist immer die Frage: Wie faßt man so etwas an, wie geht man so einen Bericht an? In diesem Falle war es so, daß ich den Bericht gerne übernommen habe, denn er betrifft eine Region, in der ich zu Hause bin. Die Ostseeregion hat immer im Mittelpunkt der politischen Diskussionen gestanden, und es war in der Vergangenheit ein besonderes Problem der Anrainerstaaten, mit einer geteilten Ostsee leben zu müssen.

Das ist nun seit 1990 anders. Die politische Situation hat sich entschärft, und wir könnten eigentlich von einem „Friedensmeer Ostsee" sprechen, wenn wir es denn schaffen würden, die Ostsee-Anrainerstaaten auch politisch in einer Verteidigungsorganisation zu organisieren und in Europa einzubinden, und wenn wir es auch schaffen sollten, die politische Diskussion in den einzelnen Ländern und mit verschiedenen Ländern in eine für uns befriedigende Richtung zu bringen.

Zu Beginn meiner Berichterstattung habe ich mir also überlegt, wie ich diesen Bericht anpacke und wie ich ihn bearbeiten soll. Ich habe mich gefragt, wie jemand, der beispielsweise mehr aus dem Süden kommt, etwa aus dem Mittelmeerraum, vielleicht aus Frankreich, oder jemand aus Österreich, jemand, der wenig mit der Ostsee und auch mit der dortigen politischen Situation zu tun hat, dieses Thema sieht.

Dabei kam ich zu der Überlegung, daß es sinnvoll wäre, einen sogenannten Länderspiegel der Ostsee-Anrainerstaaten zu formulieren, also einmal über die innenpolitische Lage, über die außenpolitische Lage, über die wirtschaftspolitische Lage und nicht zuletzt über die sicherheits- und verteidigungspolitische Lage in diesen einzelnen Ländern zu sprechen, wobei dann auch der materielle und der personelle Umfang der Landstreitkräfte, der Luftstreitkräfte und der Marinestreitkräfte in Zahlen dargestellt wird.

Dies alles ist in den einzelnen Ländern natürlich sehr unterschiedlich, und auch die Bewertung, die ich mit hineinzuschreiben versucht habe, sowie die Zusammenfassung fallen natürlich bei den einzelnen Ländern unterschiedlich aus. Es gab auch zunächst die Überlegung, ob wir es bei einer Beschreibung der baltischen Staaten und Polens in der Diskussion mit Rußland bewenden lassen sollten, aber es kam dann – auch aus dem Ausschuß – die Anregung, die gesamten Anrainerstaaten zu beschreiben. Von daher bitte ich schon im vorhinein um Nachsicht, daß Sie – je nach Übersetzung – weit über 100 Seiten lesen mußten, um meinen Bericht vollständig zur Kenntnis zu nehmen.

Dies war deswegen nötig, weil die Zahlen und die Informationen, die wir bekommen hatten, einfach sehr umfangreich waren, und ich war der Meinung, daß ich Ihnen auch nichts vorenthalten sollte. So ist es dann also ein umfangreicher Bericht geworden, und ich möchte mich bei all den Gesprächspartnern in den einzelnen Ländern, mit denen wir zu tun gehabt haben, ganz herzlich bedanken.

Wenn ich von „wir" spreche, dann ist das auch der Sekretär des Verteidigungsausschusses, Herr Floris de Gou, dem ich von dieser Stelle aus für sein Enga-

gement bei der Bearbeitung meines Berichtes auch ganz herzlich danke.

Ebenfalls danke ich den Mitarbeitern meiner Delegation, die sehr engagiert dafür gesorgt haben, daß dieser Bericht Ihnen auch in der übersetzten Form rechtzeitig vorliegen konnte, was ja nicht immer ganz einfach ist, weil wir hier als Amtssprachen Englisch und Französisch haben und das Übersetzen von weit mehr als 100 Seiten natürlich auch einen entsprechenden Zeitumfang erforderlich machte.

Dieser Bericht, der Ihnen vorliegt, soll – wenn Sie ihn so genehmigen und er heute verabschiedet wird – weitergeführt werden. Das möchte ich von dieser Stelle aus auch gleich vorschlagen. Ich werde das auch im Ausschuß tun. Wenn der Bericht weitergeführt wird, stelle ich mich dafür gern zur Verfügung, weil ich der Meinung bin, daß der jetzige Bericht die derzeitige Situation beschreibt, aber diese Situation kann sich von heute auf morgen sehr schnell ändern.

Es gab auch die Überlegung, den Oblast Kaliningrad, also das Gebiet um Königsberg, mit zu berücksichtigen. Wir haben das aber in diesem Bericht ganz bewußt noch nicht getan, weil es dort eine schwierige Situation gibt. Wir sind der Meinung, daß dieses Gebiet im nächsten Jahr in einen ergänzenden Bericht einbezogen werden sollte.

Die Besuche in den einzelnen Ländern waren, wie gesagt, informativ. Die Gesprächspartner waren immer sehr zuvorkommend, sehr engagiert am Thema und auch bei der Beantwortung meiner Fragen sehr offen. Ich habe sogar, so möchte ich es formulieren, Freundschaftliches erlebt, besonders in den baltischen Staaten, weil diese Staaten ein besonderes Interesse hatten, sich in diesem Bericht selber vorzustellen und bekanntzumachen – mit all den Problemen, die sie zu Hause haben. Es ist für mich schon sehr bewegend gewesen, mit diesen Menschen zu sprechen, und ich habe auch festgestellt, daß viele aus dem Ausland zurückgekommen sind, aus verschiedenen Ländern Europas und Amerikas oder sogar aus Australien, um dann im Heimatland beim Aufbau und bei der Bewältigung der derzeitigen großen Probleme zur Verfügung zu stehen. Ich denke, es ist sicherlich richtig, wenn wir als Westeuropäische Union diesen Ländern helfen, sich wirtschaftlich und sicherheitspolitisch nach Westen hin zu orientieren.

Das würde auch bedeuten, daß eine Ost-Erweiterung der WEU und der NATO ins Auge gefaßt werden muß, um den Ländern, von denen ich gerade gesprochen habe, besonders den kleinen Ländern an der Ostsee, Schutz vor einem Nachbarn zu gewähren, der in der jetzigen Zeit unberechenbar geworden ist und der diesen nach Freiheit strebenden Ländern besondere Schwierigkeiten bereitet. Ich meine, daß es in unser aller Interesse liegen sollte, eine zügige Ost-Erweiterung unserer Allianz zu unterstützen.

Bei der NATO wird das sicher noch einige Zeit dauern; es wird nicht von heute auf morgen gehen. Ich kann mich dazu kurz fassen, weil wir soeben vom englischen Verteidigungsminister zu diesem Thema ja auch einiges gehört haben.

Das Bündnisgebiet wird also nicht von heute auf morgen zu erweitern sein. Das bedarf sicherlich noch vieler Gespräche. Aber eine Grundsatzentscheidung können wir damit treffen, daß wir die WEU-Erweiterung in Richtung Osten vorantreiben – bei aller Rücksichtnahme auch auf Rußland.

In den Gesprächen mit Schweden und Finnland wurde uns deutlich gemacht, daß beide Länder strikt auf ihrer Neutralität bestehen. In dem Bericht werden Sie dazu auch einige Aussagen finden, auch in bezug auf Rußland. Gerade Finnland ist daran interessiert, eine ganz normale Beziehung zu Rußland zu unterhalten. Es möchte nichts unternehmen, was in irgendeiner Form zu Schwierigkeiten mit Rußland führt. Das ist auch verständlich, und es sollte unterstützt werden.

Wenn eine weitere und verstärkte Zusammenarbeit mit den drei baltischen Staaten auch Gegenstand der Baltic Assembly in der letzten Woche in Estland geworden ist, dann können wir ermessen, mit welchem Hintergrund hier Gespräche geführt worden sind, Statements und Resolutionen formuliert worden sind, die uns Auskunft darüber geben, daß die Regierungen der baltischen Staaten sich weitgehend darüber einig sind, daß die Zusammenarbeit in Sicherheits- und Verteidigungsfragen gerade in der Ostseeregion vertieft werden muß. Die bestehenden Kontakte zueinander und auch zu anderen Staaten der Ostseeregion ganz speziell im Bereich der Luftunterstützung und auch des Grenzschutzes sollen weitergeführt und noch intensiviert werden.

Für die nationalen Streitkräfte dieser Länder bedeutet das, daß sie mit ihren Waffensystemen und Kommunikationsgeräten personell und materiell in Strukturen der gesamtbaltischen Verteidigungskräfte eingebunden werden sollten und daß sie als solche auch in westeuropäische Verteidigungsstrukturen eingebunden werden sollten.

In meinem Bericht habe ich auch meine Gedanken zur Planung im Bereich der militärischen Kommunikation formuliert. Das mag den einen oder den anderen gewundert haben, weil es in diesem Bereich sehr auseinandergehende Ideen und auch bestimmte Überlegungen gibt, gerade in der NATO oder auch in der WEU, Überlegungen in den einzelnen Streitkräften der Nationen, die an der Ostsee liegen. Aber letztlich ist es ja so, daß die militärische Kommunikation die Voraussetzung für die Führung eines Verbandes und auch für die Zusammenarbeit im Verband ist.

Deswegen habe ich der Frage von leistungsstarken Führungsmitteln in meinem Report sehr viel Bedeutung beigemessen. Vielleicht liegt eine Erklärung auch darin, daß ich von Beruf Marineoffizier bin und daß dies ein Bereich ist, den ich vielleicht auch besonders gut bewerten kann. Ich habe diesen Bericht einfach einmal so ausgeführt, daß ich mir Gedanken über die militärische Kommunikation mit den Staaten in der Ostsee gemacht habe, die vorher ja zur Sowjetunion und zum Warschauer Pakt gehört hatten. Damals hatten sie ganz andere Kommunikationsgeräte und ganz andere Strukturen, und sie ha-

ben sogar eine andere Sprache gesprochen als heute in den Streitkräften des Westens.

In Punkt 5 bin ich dann zur Konzeption für eine Ständige Einsatzgruppe Ostsee gekommen. Dieses Wort „Ständige Einsatzgruppe Ostsee" klingt ein wenig steif und auch ein bißchen technokratisch, und ich habe dann von „Hansekorps" gesprochen. Denn die Hanse war in der Geschichte eine Verteidigungsorganisation, aber gleichzeitig auch eine schlagkräftige Wirtschaftsorganisation, und ich denke, in diesem Sinne sollte es in der Ständigen Einsatzgruppe Ostsee auch weitergehen, besonders im zivilen Bereich, mit dem wir anfangen wollen.

Die Sicherheitsinteressen der Ostsee-Anrainerstaaten werden dabei befriedigt. Mit einer Ständigen Einsatzgruppe Ostsee, also – mit meinen Worten – mit einem Hansekorps könnten wir regionale Konflikte im Ostseeraum auf einen bestimmten Rahmen begrenzen.

Auf Grund der geographischen Lage sollten alle Ostsee-Anrainerländer Mitglied dieser Ständigen Einsatzgruppe werden. Aus meiner politisch-militärischen Lagebeurteilung heraus sollten dann auch weitere militärische Aufgaben formuliert werden, wobei die wesentlichen Grundsätze meiner Meinung nach sein sollten: Bündnisstreitkräfte, also WEU und NATO, dann eine gewisse Vornewegverteidigung, bis Verstärkung kommt – das muß einmal angesprochen werden –, ferner ausschließlich konventionelle Ausrüstung sowie natürlich Einsatzschwerpunkt Ostsee.

Es wird sicherlich eine reine Küstenmarine werden. In der Diskussion mit den Vertretern der einzelnen Länder haben wir uns nämlich überlegt, womit wir anfangen, und es ist eigentlich immer am einfachsten, mit der Marine anzufangen, weil in diesem Bereich Schiffe in verschiedenen Größenordnungen abgestellt werden könnten, um in einer sogenannten Küstenmarine und eben in einer Ständigen Einsatzgruppe Ostsee dann in diesem Bereich Schwerpunkte zu bilden, die mehr ziviler Art sind und dann in militärische Aufgaben einfließen könnten.

Die Länder, die daran teilnehmen sollen, sind – das haben Sie gelesen – alle Ostsee-Anrainerstaaten. Ob nun alle daran teilnehmen werden, ist eine Frage, die ich nicht beantworten kann. Aber ich könnte mir vorstellen, daß einige Länder, die sowieso schon mit den baltischen Staaten oder auch mit Polen zusammenarbeiten, gerne – und zwar sicher auch in anderen Streitkräftearten wie Luftwaffe und Heer – eine Verbindung, einen Kontakt suchen, um dann mit den baltischen Staaten und mit Polen in einer Ständigen Einsatzgruppe zusammenzuarbeiten.

Die Konzeption muß auf der Grundlage der von den Ostseestaaten weiterbetriebenen Integrationsbestrebungen in der WEU und auch in der NATO stehen, und die Kommandostrukturen müssen denen der WEU und der NATO angeglichen sein.

Was die Aufgaben angeht, so könnte ich mir vorstellen, daß wir mit Grenzschutz, Fischereischutz, Umweltüberwachung und Schiffahrtsverwaltung anfangen, wo es seespezifische Aufgaben gibt. Dabei muß natürlich jeweils die Rechtsentwicklung in den einzelnen Ländern berücksichtigt werden, und das wird sicher etwas schwieriger werden. Hinzu kommt natürlich alles, was wir an Aufträgen auf dem Petersberg formuliert haben, die sogenannten Petersberg-Aufträge, und es muß auch die Definition eines einheitlichen Lagebildes Ostsee vorgenommen werden, um Gefahren und Störungen zu erkennen und um diese nach gleichen Maßstäben beurteilen und möglicherweise auch bekämpfen zu können.

Das bedeutet natürlich, wenn es denn von Ihnen akzeptiert und gewünscht wird, auch eine interessante Aufgabe für unsere Planungszelle in Brüssel, und es wird sicher auch eine Aufgabe der teilnehmenden Staaten sein, die Ausbildung und die Ausrüstung vorzunehmen. Denn in vielen Staaten, besonders in den baltischen Staaten, fehlt die Ausrüstung, und die Ausbildung des Personals ist mangelhaft. Dies müßte dann auch von den Staaten, die sich daran beteiligen, mit übernommen werden.

Das Hansekorps bzw. die Ständige Einsatzgruppe Ostsee sollte ein Koordinierungsverbund sein, der von den beteiligten Staaten paritätisch besetzt wird, auch in der Führungsspitze. Es werden sicherlich auch Haushaltsmittel gefragt sein, denn so etwas kostet Geld. Da werden vielleicht die einen oder die anderen etwas zurückzucken, aber ich denke schon, daß die einzelnen Aufgaben, die ich genannt habe, so formuliert werden könnten, daß wir mit den Haushalten in den einzelnen Ländern dieses Hansekorps, diese Einsatzgruppe gestalten könnten.

Die Planung und die Koordinierung der Aufstellung des Hansekorps sollten bei der WEU-Planungszelle in Brüssel stattfinden, und zur Vorbereitung sollte in den baltischen Staaten ein WEU-Informationsbüro eingerichtet werden. Wir hatten in meinem Bericht – das werden Sie gelesen haben – einen Punkt 5, wo dazu schon Näheres formuliert war, aber wir haben das am Ende einvernehmlich etwas offener formuliert. Es soll also ein Informationsbüro eingerichtet werden, und wir können uns später, auch in Zusammenarbeit mit der Baltic Assembly, darüber unterhalten, wohin ein solches Informationsbüro der WEU kommen soll.

Auch meine Formulierung über die dortige Bekanntheit der WEU und ihrer Aufgaben war etwas zu hart ausgefallen. Dafür entschuldige ich mich bei den Kollegen aus den baltischen Staaten. Ich denke, daß zum Mangel an Informationen über die Westeuropäische Union genau dasselbe in bezug auf Deutschland oder andere Mitgliedstaaten formuliert werden könnte, denn wenn ich nach Hause komme, sind die entsprechenden Informationen darüber, warum es eine WEU gibt und was wir als WEU machen, auch nicht so groß.

Eben weil das so ist, möchten wir gerne ein solches Informationsbüro einrichten. Unser Kollege aus Rumänien hat einen Bericht über die zweijährige Arbeit des Informationsbüros in Bukarest geschrieben. Dieser Bericht wird meinem erweiterten Report beim nächsten Mal als Anlage beigelegt. Der rumänische

Kollege hat im Ausschuß berichtet, daß das Informationsbüro in Bukarest gute Arbeit leistet und für die Information der Menschen, die sich dafür interessieren, vorweg der Presse, gut und notwendig gewesen ist. Er schlägt vor, daß so etwas auch in den baltischen Staaten getan wird.

Meine Damen und Herren, ich denke, daß Sie die politischen Ereignisse in den vergangenen zehn Jahren noch gut in Erinnerung haben, und ich stelle mir einmal vor, wie es gewesen wäre, wenn mich vor zehn Jahren jemand danach gefragt hätte. Da bin ich noch mit einem Schiff in der Ostsee herumgefahren, habe vor Leningrad geschaut, war mit meinem Schiff vor Murmansk und habe russische Schiffe begleitet. Wenn man mir vor zehn Jahren erzählt hätte, welches politische Ergebnis sich heute für uns darstellt, hätte ich es nicht geglaubt; ich hätte diese Entwicklung nicht für möglich gehalten.

Die internationale Szene hat sich seit 1985 so verändert, daß wir heute einfach ein neues Verhalten und eine neue Form der Verteidigungsstrukturen finden müssen, eine Form, die diese Länder, die ihre Freiheit erhalten haben, mit einbindet. Das ist nicht ganz einfach, denn natürlich stellt ein bestimmter Bereich einen gewissen Unruheherd dar. Die Gemeinschaft der Unabhängigen Staaten, die GUS, bezeichnet ja immer noch die baltischen Staaten als „nahes Ausland", während sie den Oblast Kaliningrad als Inland bezeichnet. Es gibt in den baltischen Staaten auch das Problem der Minderheit der dort lebenden Russen, der pensionierten Offiziere, die mit ihren Familien dort leben, der Angehörigen des KGB und vieler anderer Bereiche, die ich in meinem Bericht angesprochen habe und die sicher nicht zur Beruhigung des gesamten Gebietes beitragen, wenn wir nicht in der nächsten Zeit eine politische Lösung herbeiführen und die Beziehungen zwischen den Staaten im Ostseeraum friedlich und einvernehmlich regeln.

Wir haben mit der Ostsee ein Seegebiet sozusagen vor der eigenen Haustür, und wir haben im Blick auf alle Staaten, die an der Ostsee liegen, ein großes Interesse daran, die Region vor unserer eigenen Haustür in Ordnung zu halten und friedlich zu halten. Daran möchten wir insgesamt mitwirken, und wenn ich für Deutschland sprechen darf: Wir haben ein großes Interesse daran, daß im Ostseeraum der Frieden erhalten wird und daß wir gute nachbarschaftliche Beziehungen zu den Staaten haben, die an der Ostsee liegen.

Ich darf Sie ganz herzlich bitten, meinen Bericht kritisch zu bewerten und Fragen dazu zu stellen. Wenn Sie der Meinung sind, daß dieser Bericht so verabschiedet werden kann, möchte ich um Ihr vertrauensvolles Votum bitten. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Günter Marten (CDU/CSU) *): Herr Vorsitzender! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zu einigen Punkten ganz kurz Stellung nehmen. Ich fange bei den Ausführungen des letzten Redners an, weil sie noch frisch in Erinnerung sind.

Ich bedanke mich für Ihren Beitrag, Herr Onyszkiewicz. Es ist, wenn wir mit der Marine anfangen, natürlich schwierig, die Schiffe auf den technischen Stand zu bringen, der notwendig wäre. Aber ich denke, man sollte einfach einmal anfangen. Dann werden wir im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten zu entsprechenden Ergebnissen kommen. Daß das Ganze Geld kostet, ist uns allen klar. Wir können nur so viel tun, wie uns der finanzielle Rahmen gestattet.

Es ist sicherlich richtig, daß bei den Seestreitkräften Aufbau, Ausrüstung und Manöver einheitlich gestaltet werden müssen. Das paßte aber nicht mehr in den Rahmen meines Berichtes. Sie haben mit Ihrer Anmerkung zwar recht – es ist sicherlich notwendig, das zu berücksichtigen –, aber dann würde dieser Bericht einen zu großen Umfang annehmen. Dazu hätte ich die Planungszelle in Brüssel gut gebrauchen können. Aber das Ganze wäre dann kein Bericht mehr gewesen.

Das, was Sie zu den vertrauensbildenden Maßnahmen gesagt haben, ist etwas für ein zukünftiges WEU-Informationsbüro in den baltischen Staaten. Das ist auch etwas für die Planungszelle Kaliningrad. Ich habe zu Anfang gesagt, daß wir keine Gelegenheit hatten, Kaliningrad zu besuchen. Wir haben es zwar versucht, aber der Besuch scheiterte an der kurzen Vorbereitungszeit. Ich denke, daß ich dies so im Raum stehen lassen sollte. Wir versuchen, im nächsten Jahr Kaliningrad zu besuchen. Erst dann, wenn ich es gesehen habe, möchte ich über den Besuch berichten. Ich habe vor, zu dem Bericht im nächsten Jahr einen Anhang zu machen, der die Verhältnisse in Kaliningrad beinhaltet. Dann werden Sie die Informationen bekommen, die Sie in meinem Bericht leider vermissen mußten.

Zu den Ausführungen meines Kollegen Staes aus Belgien möchte ich sagen: Unter „Sicherheit" ist im Rahmen des Verteidigungsausschusses der WEU natürlich die militärische Sicherheit gemeint. So lautete auch mein Auftrag: Sicherheit und militärische Zusammenarbeit im Ostseeraum. Ich verstehe Ihre Sorgen sehr gut. Auch ich habe in den betreffenden Ländern gerade im Bereich der Umweltsicherheit sehr viel gesehen, was zu wünschen übrig läßt. Ich selber komme aus einem Land, aus Mecklenburg-Vorpommern, wo es sehr viele ehemalige russische Militärgelände gibt. Sie sind noch heute verseucht. Wir müssen hohe finanzielle Mittel aufwenden, um die Verseuchung dieser Gelände einigermaßen in den Griff zu bekommen. Sie haben recht: Das Ganze ist eine Gefährdung unserer Umwelt durch den Sicherheitsbereich. Aber dieses Thema gehörte – das war meine Meinung – nicht in diesen Bericht hinein. Deswegen habe ich es nicht aufgenommen. Es ist meine Anregung, Herr Vorsitzender, dieses Problem in einem anderen Ausschuß mit einem Bericht abzuarbeiten.

Ich bin für die Ausführungen des Vorsitzenden der Baltischen Versammlung, dem Kollegen Herrn Rüütel, besonders dankbar. Wir haben ein sehr langes Gespräch geführt. Ich darf sagen, daß ich zusammen mit unserem Sekretär in den baltischen Staaten

*) Schlußbemerkungen des Berichterstatters

freundschaftlich aufgenommen worden bin. Wir haben uns dort sehr wohl gefühlt, und wir haben gute und interessante Gespräche geführt. Ich möchte das, was ich dort persönlich gesagt habe, umsetzen. Ich wünsche mir, daß es in den baltischen Staaten – wo auch immer – ein Informationsbüro gibt. Es wäre gut, wenn es uns als WEU gelänge, ein solches Informationsbüro einzurichten. Das ist notwendig, auch im Rahmen der vertrauensbildenden Maßnahmen, wie das Herr Onyszkiewicz aus Polen angesprochen hat. Ich selber werde mich dafür einsetzen, daß dieses Büro geschaffen und die Organisation dafür zur Verfügung gestellt wird. Das gilt auch für die finanziellen Mittel. Das dürfte eigentlich an erster Stelle stehen.

Ansonsten habe ich, Herr Vorsitzender, zu den Ausführungen unserer Kollegen nichts weiter zu sagen. Ich bedanke mich für die positive Bewertung meiner Arbeit. Ich bedanke mich bei Ihnen allen, die zu dem Bericht etwas ausgeführt haben, ganz herzlich. Ich darf noch sagen, daß die Änderungen, so wie sie in den einzelnen Amendements formuliert worden sind, von mir voll unterstützt werden; denn sie sind notwendig. Ich selber hoffe, daß wir mit den baltischen Staaten auch in Zukunft eine enge, freundschaftliche Zusammenarbeit hegen.

Danke sehr.

Empfehlung 585 (1995) *)

betr. Sicherheit und militärische Zusammenarbeit im Ostseeraum

Die Versammlung,

i. sich dessen bewußt, daß eine ausgewogene europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik den unterschiedlichen Besorgnissen der verschiedenen Regionen Europas Rechnung tragen muß;

ii. in der Erkenntnis, daß eine abgestimmte europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Ostseeraum dringend notwendig ist;

iii. betonend, daß diese Politik unter keinen Umständen zu einer Isolierung Rußlands von Europa führen sollte;

iv. sich auf der anderen Seite dessen bewußt, daß einige Ostseestaaten aus verständlichen geschichtlichen Gründen besorgt sind über die gegenwärtige Lage in Rußland und eventuelle Entwicklungen, die möglicherweise zu einer Rückkehr zur früheren imperialistischen Politik führen könnten;

v. feststellend, daß allgemein davon ausgegangen wird, daß die Implementierung des START I und START II Vertrages Rußland dazu veranlassen wird, ungefähr die Hälfte seiner gesamten strategischen nuklearen Gefechtsköpfe auf U-Booten zu konzentrieren, die im Gebiet der Halbinsel Kola stationiert sind;

*) Beschluß der Versammlung vom 5. Dezember 1995

vi. feststellend, daß die Fähigkeiten der russischen Streitkräfte im nördlichen Militärdistrikt aufgrund von Rückführungen aus Mitteleuropa und dem Baltikum sowie aufgrund der Modernisierung von Rüstungsgütern und der organisatorischen Reformen verstärkt worden sind;

vii. betonend, daß der KSE-Vertrag wie geplant umgesetzt werden sollte und daß im Rahmen der KSE-Überprüfungskonferenz 1996 keine Änderungen gebilligt werden sollten, die die vertraglich festgelegten Obergrenzen für Waffen und Ausstattung in Rußlands nördlichem Militärdistrikt verändern, damit die Stabilität und die Sicherheit für alle Staaten in Nordeuropa aufrechterhalten werden können;

viii. betonend, daß in bezug auf das Verhältnis zu Rußland Kooperation, Transparenz und andere vertrauensbildende Maßnahmen die wirksamsten Instrumente sein werden im Hinblick auf die Stärkung der Sicherheit und der Stabilität in Europa sowie darauf, die Bedenken Rußlands in bezug auf eine mögliche zukünftige Erweiterung der NATO, der Europäischen Union und der WEU teilweise auszuräumen;

ix. uneingeschränkt die Strategie der Europäischen Union gegenüber Rußland unterstützend, mit der der Aufbau einer dauerhaften Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und einem demokratischen Rußland angestrebt wird;

x. feststellend, daß die Entwicklung einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Ostseeraum durch die Tatsache beeinträchtigt wird, daß die Staaten in diesem Gebiet unterschiedliche institutionelle Beziehungen zur Europäischen Union, der WEU und der NATO haben;

xi. feststellend, daß sowohl Finnland als auch Schweden inzwischen Vollmitglieder der Europäischen Union und sehr an einer aktiven Beteiligung am Aufbau einer neuen Sicherheitsstruktur interessiert sind, und eine gestärkte OSZE, eine starke Europäische Union und ein gut funktionierendes System der Krisenbewältigung als die wichtigsten Eckpfeiler einer solchen Struktur ansehen;

xii. sich jedoch dessen bewußt, daß beide Staaten weiterhin fest an ihrer traditionellen Politik der militärischen Blockfreiheit festhalten, die es nach schwedischer Ansicht ermöglichen sollte, im Fall eines Krieges in einer benachbarten Region neutral zu bleiben, während Finnland davon ausgeht, daß eine Politik der Neutralität nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation keine Berechtigung mehr hat;

xiii. in Anbetracht dessen, daß dies beide Staaten nicht daran hindert, aktive Beobachter in der WEU zu sein, mit der NATO und der Mehrzahl der europäischen Staaten im Rahmen des Programms der Partnerschaft für den Frieden zusammenzuarbeiten und zu den gemeinsamen

Anstrengungen im Rahmen der Friedenssicherung und -unterstützung sowie der humanitären Hilfe beizutragen;

xiv. feststellend, daß Dänemark bereits enge Beziehungen zu den baltischen Staaten, insbesondere zu Litauen, im Hinblick darauf hergestellt hat, ihnen durch gezielte militärische Kooperationsprogramme beim Aufbau der Streitkräfte zu helfen;

xv. in der Erkenntnis, daß Polen aufgrund seiner strategischen Position im Ostseeraum bei jedem Sicherheitssystem in diesem Gebiet eine wichtige Rolle zu spielen haben wird;

xvi. in der Erkenntnis, daß die wiedergewonnene Unabhängigkeit der drei baltischen Staaten fest in das System internationaler Beziehungen verankert werden muß, insbesondere durch die Einbindung in europäische Strukturen;

xvii. betonend, daß die baltischen Staaten Unterstützung erhalten sollten, um ihre grundlegenden Aufgaben wie Überwachung ihrer Grenzen und ihres Staatsgebiets als souveräne Staaten zu erfüllen;

xviii. mit Genugtuung über die Einrichtung von BALTBAT, dem gemeinsamen Bataillon für Friedenseinsätze, welches in Zusammenarbeit mit den nordischen Staaten, dem Vereinigten Königreich, Deutschland, Frankreich und den Niederlanden bis zum Jahre 1997/1998 zu einer umfassend ausgebildeten und ausgerüsteten Truppeneinheit werden sollte;

xix. feststellend, daß für die Beteiligung von Nicht-NATO und WEU-Mitgliedstaaten an den in der Petersberg-Erklärung festgelegten Operationen die Ausbildung in bezug auf die Standards und Verfahren der NATO und das Sachwissen von größter Bedeutung sind, um eine Interoperabilität von NATO- und WEU-Streitkräften zu erreichen;

xx. mit Genugtuung über die Durchsetzung des NATO-Konzeptes einer Partnerschaft für den Frieden, welches aufgrund seiner individuellen Partnerschaftsprogramme jetzt zu einem Netzwerk militärischer Kooperation und gemeinsamer Übungen geführt hat;

xxi. in der Erwägung, daß die Erweiterung der Europäischen Union ein lebenswichtiger Eckpfeiler für die Schaffung einer breiten und allumfassenden europäischen Sicherheitsarchitektur ist, was von niemandem als Errichtung neuer Trennlinien oder als neuer Antagonismus aufgefaßt werden sollte;

xxii. in dem Bewußtsein, daß bei mehreren mittel- und osteuropäischen Staaten der nachdrückliche Wunsch besteht, der NATO so bald wie möglich beizutreten, gleichzeitig aber in der Erkenntnis, daß es unter den NATO-Staaten noch keine vollständige Einigung in bezug auf die zu verfolgende Erweiterungspolitik gibt;

xxiii. jedoch betonend, daß nicht alle mittel- und osteuropäischen Staaten in der Lage sein werden, diesen Organisationen gleichzeitig beizutreten und daß folglich Maßnahmen mit dem Ziel ergriffen werden müssen, in der Übergangszeit eine enge Koordinierung und eine so weit wie möglich gefaßte Zusammenarbeit zu erreichen;

xxiv. sich dessen bewußt, daß angesichts der Gefahr der Überschneidung der Aktivitäten bei Kooperationsprojekten des Westens mit mittel- und osteuropäischen Staaten im Bereich der Sicherheit und Verteidigung eine bessere Koordinierung im Westen erforderlich ist;

xxv. feststellend, daß es in den baltischen Staaten noch immer an Sachkenntnis und Verständnis in bezug auf die Rolle der WEU und die Entwicklung einer europäischen Verteidigungsidentität, bei der die baltischen Staaten eine Rolle spielen müssen, fehlt;

EMPFIEHLT DEM RAT,

1. Pläne im Hinblick darauf zu entwerfen, innerhalb der WEU ein Gremium einzurichten zur Koordinierung und Festlegung der Schwerpunkte in bezug auf die militärische Unterstützung, die die Mitgliedstaaten, die assoziierten Mitgliedstaaten und die Beobachterstaaten den baltischen Staaten anbieten können;

2. die Einrichtung einer „Ständigen Einsatztruppe Ostsee" zu fördern, mit den Gründungsmitgliedern Dänemark, Estland, Deutschland, Lettland, Litauen und Polen, und zu fordern, daß andere Ostseestaaten zu einem späteren Zeitpunkt in der Lage sein sollten, ihr beizutreten;

3. die neue WEU-Planungszelle anzuweisen, die operationelle Planung für die „Ständige Einsatztruppe Ostsee" sofort nach ihrer Einrichtung einzuleiten und zu koordinieren und dabei zu berücksichtigen, daß zu den Aufgaben dieser Einsatztruppe Grenzkontrolle, Überwachung der Bestimmungen in bezug auf Fischerei und Umweltschutz, Überwachung der Schiffahrt, Such- und Rettungsdienst und, zu einem späteren Zeitpunkt, die Durchführung der auf dem Petersberger Treffen vereinbarten Aufgaben gehören sollten;

4. eine gemeinsame Überprüfung der Lage im Ostseegebiet vorzunehmen mit dem Ziel, mögliche Gefahren und Unruheherde festzustellen und diese in Übereinstimmung mit allgemein akzeptierten Kriterien einzuschätzen und zu überwinden;

5. die Einrichtung eines WEU-Informationszentrums in einem der baltischen Staaten zu unterstützen, vergleichbar mit dem in Bukarest im November 1994 eröffneten Zentrum, welches sich seit dieser Zeit nützlich erwiesen hat im Hinblick darauf, die Kenntnisse und das Verständnis in bezug auf die WEU in politischen und akademischen Kreisen sowie bei den Medienvertretern in diesem Teil Europas zu fördern.

Tagesordnungspunkt

Haushaltsentwurf
betr. **die Verwaltungsausgaben der Versammlung für das Haushaltsjahr 1996**
und
außerordentlicher Haushaltsentwurf der Versammlung für das Haushaltsjahr 1996

(Drucksachen: 1481 und 1482)

Berichterstatter: *)
Abg. Tim Rathbone (Großbritannien)

Tagesordnungspunkt

Jahresabschluß der Verwaltungsausgaben der Versammlung für das Jahr 1994

(Drucksache 1479 und Addendum)

Berichterstatter: *)
Abg. John Cummings (Großbritannien)

Arnulf Kriedner (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will eine Bemerkung vorausschicken. Es kann mitunter gefährlich sein, wenn man sich für Ämter bewirbt. Sie sehen, wenn der Zufall es will, dann darf man sämtliche Berichterstattungen übernehmen. Ich glaube aber, ich kann das aus zwei Gründen sehr gut tun. Zum einen fühle ich mich bei Ihnen, Herr Präsident, besonders gut aufgehoben. Ich weiß inzwischen, auch Sie sind einmal Vorsitzender des Haushaltsausschusses gewesen. Insofern habe ich gar keine Angst, daß das nicht richtig läuft. Der zweite Grund: Ich bin Mitglied dieses Ausschusses und habe die Berichte mit erarbeitet.

Lassen Sie mich eine weitere Bemerkung zu dem jetzt aufgerufenen Tagesordnungspunkt vorausschicken. Normalerweise sind in einem parlamentarischen Gremium Haushaltsdebatten wichtige Debatten. Man kann unsere Debatte am heutigen Tag aus zwei Gründen sicher als nicht besonders bedeutsam ansehen. Einmal hat der Rat uns durch seine bisherige Nichtbehandlung in die geschäftsordnungsmäßige Situation versetzt, in der wir sind. Das heißt, wir sind nicht in der Lage, heute vom Haushalt für das Jahr 1996 Kenntnis zu nehmen. Ich sage es sehr deutlich: Ich erwarte vom Rat eigentlich, daß sich solche Situationen – es ist jetzt das zweitemal der Fall – nicht wiederholen, sondern wir in die Lage versetzt werden, am Ende eines Jahres den Haushalt des nächsten Jahres auch wirklich zur Kenntnis zu nehmen. – (Beifall) Denn sonst fühlt man sich ein kleines bißchen vorgeführt. Ich sage das auch als Parlamentarier. Ich nehme an, daß alle Kollegen dafür großes Verständnis haben. In den nationalen Parlamenten kritisieren wir unsere Regierung immer sehr heftig, wenn eine solche Verschiebung eintritt. Das macht auch der Verwaltung Probleme, denn die Verwaltung muß dann mit einem sogenannten vorläufigen Haushalt arbeiten. Das heißt, sie muß das gesamte Ergebnis des vergangenen Jahres in Zwölftel aufteilen und darf für jeden Monat jeweils nur ein Zwölftel ausgeben, was die politischen Implikationen, die wir mit einem Haushalt möglicherweise verbinden, überhaupt nicht zum Tragen kommen läßt. Deshalb meine herzliche Bitte, daß der Rat schnellstmöglich entscheidet und wir in die Lage versetzt werden, dann – ich nehme an, das wird auf der nächsten ordentlichen, gegebenenfalls auch außerordentlichen Sitzung der WEU passieren – das nachzuvollziehen, was uns vom Rat vorgelegt wird.

*) präsentiert von Abg. Arnulf Kriedner (Bundesrepublik Deutschland)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich ein Weiteres sagen. Es gibt Länder – die Bundesrepublik Deutschland gehört dazu –, die über den Rat Kritik am Entwurf des Haushalts üben. Man kann sich der Kritik, meine ich, wenn man hier sitzt, nur eingeschränkt anschließen. Ich sage, warum ich diese Einschränkung mache. Es ist nicht so, daß die Ausweitung des Haushalts – uns wird vorgeworfen, der normale Haushalt wird um 20 % ausgeweitet – per Zufall geschieht. Man muß einfach einmal wissen, daß, als die WEU-Versammlung gegründet wurde, 228 Mitglieder hier saßen. Inzwischen sind es über 400. Die Zahl wird möglicherweise steigen. Aber man kann doch nicht einfach sagen, da finden nur acht Sitzungen im Jahr statt, und das ist alles. Dabei unterschlägt man einfach, daß es rund 150 oder etwas mehr Kommissionssitzungen gibt, die die eigentliche Arbeit erledigen und das, was wir in diesen Tagen tun, vorbereiten. Gemessen an dem – ich sage das als erfahrener Haushälter, der ich in meinem Land bin – verbraucht diese Organisation relativ wenig Geld. Auch das möchten wir ins Stammbuch derjenigen schreiben, die da so leicht Kritik üben.

Ich empfehle – ich tue das nicht leichten Herzens –, daß wir beim ordentlichen Haushalt – Herr Präsident, wir rufen die Tagesordnungspunkte sicher einzeln auf, auch was den außerordentlichen Haushalt betrifft – heute so zu entscheiden, daß wir vertagen. Wir müssen dies tun, die Regularien sind so. Aber, meine Damen und Herren, ich erwarte, daß wir, wenn wir unsere Herbstsitzung im nächsten Jahr haben, dann über einen ordentlichen Haushalt reden können. Vielleicht ist das Haus dann auch ein wenig voller. – Vielen Dank.

Arnulf Kriedner (CDU/CSU): *) Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es liegt mir daran, daß ich zu Beginn dieser Tagesordnungspunkte erst einmal einigen Dank ausspreche – ich tue das besonders gerne –, und zwar zunächst meinem Vorgänger im Amt, unserem Kollegen Rathbone, der aus nachvollziehbaren Gründen heute nicht hier sein kann. Er hat den Ausschuß, wie ich finde, zur vollen Zufriedenheit der Versammlung geleitet. Er wird auch hier, so hoffe ich, eine wertvolle Hilfe sein. Ich möchte zweitens dem Berichterstatter,

*) Schlußbemerkungen des Berichterstatters

dem Kollegen Cummings, für die Rechnungsprüfung ganz herzlich danken. Ich danke auch Ihnen, Herr Lutz, und Ihren Mitarbeitern für die exzellente Vorbereitung, die es uns leicht gemacht hat, uns in die Materie einzufinden.

Rechnungsprüfung ist bei allen Parlamentariern unbeliebt, weil sie eine Fleißarbeit ist. Nichtsdestotrotz ist es eine wichtige Arbeit. Wir haben im Rahmen unseres Haushaltes in der Tat keine Größenordnung der Summen, die geprüft werden müssen, zu prüfen, die in irgendeinem Land zu Entsetzen führt. Aber es gibt trotzdem einige Anmerkungen zu machen. Lassen Sie mich das hier auch tun, weil ich gerne wüßte, daß das Ganze in den Dokumenten, die wir von dieser Versammlung formulieren, festgeschrieben wird. Ich will mir den Hinweis auf die Regularien ersparen. Sie sind ja zusammengefaßt. Wir haben in diesem Zusammenhang über einige wenige Einzelfälle gesprochen. Dabei geht es insbesondere um Personalfragen. Lassen Sie mich das folgendermaßen zusammenfassen: Ich bin der Meinung, daß man einen Einzelfall – jemand von den Mitarbeitern, wer auch immer, hat versucht, sich eine Menge Urlaubstage auszahlen zu lassen – nicht zu einem exemplarischen Fall werden lassen sollte. Ich bin vielmehr der Meinung – wir sollten mit der Verwaltung noch einmal reden –, daß man Urlaubstage nicht auszahlen sollte, aber angesichts dessen, was wir den Mitarbeitern teilweise zumuten, bei der Abgeltung der Urlaubstage großzügig sein sollte und sich nicht zu sehr durch Regularien einengen lassen sollte, die für normale Behörden, die nicht temporär arbeiten, gelten.

Ich lege Wert darauf – das möchte ich durch das Protokoll gerne festgeschrieben haben –, daß für die Pensionsregelungen die gleichen Kriterien gelten, die für andere europäische Gremien gelten. Wir sind unseren Mitarbeitern – wir merken, wenn wir hier sind, was das für Arbeit macht – schuldig, dafür Sorge zu tragen, daß sie nicht Angst haben müssen, eventuell einer schwierigen oder ungesicherten Situation gegenüberzustehen, wenn sie einmal aus dem Berufsleben ausscheiden.

Es ist mir ein besonders wichtiges Anliegen, darauf hinzuweisen, daß die politischen Gruppen, die aus dem Budget auch etwas Geld, allerdings keine riesigen Summen, bekommen, über dieses Geld politisch frei verfügen können. Allerdings mache ich eine Einschränkung. Es darf natürlich auch nicht so sein, daß sie die Haushaltsregeln durchbrechen. Wenn politische Gruppen Gelder bei Banken anlegen und Zinsgewinne erzielen, dann entspricht das nicht den Regularien. So etwas geht in einem vernünftigen und geordneten Haushaltswesen auch nicht. Diese Gelder sind nicht dazu da, um damit Nebengeschäfte zu betreiben.

Mit diesen Bemerkungen, meine sehr verehrten Damen und Herren, und meinem Dank auch an den Rechnungshof der Bundesrepublik Deutschland, der uns diesmal unterstützt hat – dies geschieht alternierend in den verschiedenen Ländern –, möchte ich Sie bitten, auch dieses Dokument anzunehmen. – Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt

Änderungen des Art. 9 der Geschäftsordnung der Versammlung im Hinblick auf die Erhöhung der Zahl der Vizepräsidenten

(Drucksache 1489)

Berichterstatter:
Sen. Alfons Cucó (Spanien)

(Gegenstand der Änderung: Die Zahl der Vizepräsidenten wird von neun auf zehn erhöht.)

Mittwoch, 6. Dezember 1995

Tagesordnungspunkt

Fortsetzung der Debatte

Die Wiederaufnahme der französischen Kernwaffenversuche im Pazifik

(Drucksache: 1488)

Berichterstatter:
Sir Russel Johnston (Großbritannien)

Tagesordnungspunkt

Die WEU im Atlantischen Bündnis

(Drucksache 1487)

Berichterstatter:
Lord Finsberg (Großbritannien)

(Themen: Überwindung der Schwierigkeiten, WEU-Positionen in den Konsultationsprozeß des NATO-Bündnisses einzubringen – Abbau von Schwierigkeiten bei der Umsetzung des Beschlusses des Bündnisses in bezug auf die Bereitstellung seiner kollektiven Ressourcen für WEU-Operationen – Erstellung eines umfassenden Konzepts der WEU für den Ausbau der zukünftigen transatlantischen Partnerschaft in einem globalen Zusammenhang – Aufgabenteilung zwischen WEU und NATO bei Eventualfällen – Festlegung der Modalitäten für eine Teilnahme der assoziierten Partnerländer an den gemeinsamen Ratssitzungen von WEU und NATO)

Empfehlung 586 (1995) *)

betr. die WEU im Atlantischen Bündnis

Die Versammlung,

i. in Anbetracht dessen, daß weder die Antwort des Rates auf die Empfehlung 579, die der Versammlung erst am 1. Dezember 1995 übermittelt wurde, noch die auf der Tagung des Ministerrates am 14. November 1995 in Madrid veröffentlichten Dokumente Informationen über die Substanz möglicher Vorschläge liefern, die in bezug auf eine weitere Stärkung der transatlantischen Bindungen hätten vorgelegt werden können;

*) Beschluß der Versammlung vom 6. Dezember 1995

ii. zutiefst besorgt darüber, daß noch keines der grundlegenden Ziele, die in der Erklärung der WEU-Mitgliedstaaten vom 10. Dezember 1991 mit dem Ziel festgelegt worden waren, die WEU als Mittel zur Stärkung des europäischen Pfeilers des Atlantischen Bündnisses zu entwickeln und die Rolle, die Verantwortlichkeiten und die Beiträge der Mitgliedstaaten der WEU innerhalb des Bündnisses zu stärken, erreicht worden ist;

iii. beunruhigt darüber, daß fast zwei Jahre, nachdem das Atlantische Bündnis auf höchster Ebene den Beschluß gefaßt hatte, seine kollektiven Ressourcen für WEU-Operationen auf der Grundlage des Konzeptes der Alliierten Streitkräftekommandos (CJTF) zur Verfügung zu stellen, noch keine Fortschritte im Hinblick auf eine Verständigung über die Modalitäten der Umsetzung dieses Projektes zu verzeichnen sind;

iv. stattdessen eine fast totale politische und militärische Ausgrenzung der WEU bei den Bemühungen feststellend, den Konflikt im ehemaligen Jugoslawien zu beenden, trotz aller Anstrengungen seitens der WEU;

v. besorgt über die anhaltende Unsicherheit in bezug auf die innenpolitische Stabilität und die demokratische Entwicklung in der Russischen Föderation;

vi. ferner beunruhigt über die Instabilität im Nahen Osten und die Gefahr, daß die gewalttätigen Aktivitäten extremistischer Kräfte in einigen nordafrikanischen Ländern, insbesondere in Algerien, auf Europa übergreifen könnten;

vii. angesichts dessen, daß die NATO zwar den Bereich ihrer Aktivitäten auf die Krisenbewältigung und die Friedenssicherung ausgeweitet hat, das Bündnis jedoch seine neue Rolle in dem veränderten internationalen Sicherheitsumfeld noch nicht klar definiert hat;

viii. in dem Bewußtsein, daß angesichts einer fehlenden ernsthaften Bedrohung der Sicherheit und in einer Zeit eines sich verschärfenden europäisch-amerikanischen und japanisch-amerikanischen Wirtschaftswettbewerbs die Gefahr besteht, daß sich die Sicherheitsinteressen Nordamerikas und Europas voneinander entfernen;

ix. daher erneut auf die Verantwortung der WEU hinweisend im Hinblick auf die Einschätzung der Auswirkungen des Aufbaus einer verstärkten europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität, die auf der Regierungskonferenz 1996 verhandelt werden soll, auf die transatlantischen Beziehungen;

x. feststellend, daß die Studie über die Erweiterung der NATO eine Entscheidung über das „wer" und „wann" dieser Erweiterung hinausschiebt und aus diesem Grunde für die Sicherheitsbedenken der immer noch in einem Sicherheitsvakuum lebenden mittel- und osteuropäischen Staaten keine definitive Antwort bereithält;

xi. daher in der Überzeugung, daß die WEU mehr tun sollte, um ihren assoziierten Partnerländern alle infragekommenden Möglichkeiten anzubieten, sich an den Aktivitäten der WEU und deren Verbindungen zur NATO zu beteiligen;

xii. jedoch betonend, daß jede weitere Erweiterung der WEU den Anwendungsbereich von Artikel V des geänderten Brüsseler Vertrages nicht in Frage stellen sollte, und weiterhin die Auffassung vertretend, daß alle europäischen NATO-Staaten ein Recht auf Vollmitgliedschaft in der WEU haben könnten;

xiii. davon überzeugt, daß die Arbeitsmethoden und Entscheidungsprozesse der NATO, die sich in dieser Organisation seit 1949 bewährt haben, im Hinblick darauf überprüft werden sollten, inwieweit sie sich für eine Übernahme durch die WEU in dem neuen geostrategischen Rahmen Europas eignen könnten;

EMPFIEHLT DEM RAT,

1. nachdrücklich und auf hochrangiger politischer Ebene das Atlantische Bündnis mit der Frage zu befassen, wie die Schwierigkeiten bei der Umsetzung des Beschlusses des Bündnisses in bezug auf die Bereitstellung seiner kollektiven Ressourcen für WEU-Operationen überwunden werden können;

2. a) in seinen Beitrag zur Regierungskonferenz 1996,

   b) in seine geplante Erklärung über eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik und

   c) in seine gemeinsamen Überlegungen über die neuen europäischen Sicherheitsbedingungen, die zu einem Weißbuch über europäische Sicherheit führen könnten,

   ein umfassendes Konzept der WEU für den Ausbau der zukünftigen transatlantischen Partnerschaft in einem globalen Zusammenhang mitaufzunehmen und die Versammlung über die Substanz der Vorschläge zu informieren, auf die in Absatz 1 der Antwort des Rates auf die Empfehlung 579 hingewiesen wird;

3. eine eingehende Einschätzung der Auswirkungen vorzunehmen, die die Umsetzung der zur Zeit in der WEU diskutierten Optionen in bezug auf das zukünftige Verhältnis zur Europäischen Union auf die transatlantischen Beziehungen haben könnten;

4. eine umfassende Einschätzung der sich ergänzenden Funktionen der WEU und der NATO im Bereich der kollektiven Verteidigung vorzunehmen unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Wortlaute von Artikel V des geänderten Brüsseler Vertrages und von Artikel 5 des Washingtoner Vertrages sowie der Probleme, die sich aufgrund der Tatsache ergeben können, daß sich beide Organisationen bei der kollektiven Verteidigung weiterhin auf dieselben militärischen Strukturen, jedoch auf unterschiedliche Rechtsgrundlagen stützen;

5. die Kriterien einer Aufgabenteilung zwischen der WEU und der NATO bei Eventualfällen, wie z. B. der Krisenbewältigung und der Friedenssicherung festzulegen, unter Berücksichtigung der aus dem Konflikt im ehemaligen Jugoslawien gezogenen Lehren, und sich in bezug auf diese Kriterien um eine Übereinstimmung mit der NATO zu bemühen;

6. den gemeinsamen Sitzungen des Ständigen Rates der WEU und des Ständigen Rates der NATO eine verstärkte politische Substanz zu geben und diese Sitzungen bei entsprechenden Anlässen auf Ministerebene zu veranstalten mit dem Ziel,

   a) sich auf eine gemeinsame Einschätzung der neuen Sicherheitsherausforderungen in Europa und in der Welt und auf angemessene Reaktionen zu verständigen;

   b) sich auf ein gezieltes Arbeitsprogramm zur Aufteilung der Risiken, Rollen und Verantwortlichkeiten zwischen den beiden Organisationen zu verständigen, insbesondere über die Organisation der Arbeitsteilung zwischen den Militärstäben der WEU und der NATO;

7. die Versammlung darüber zu informieren, welcher Art von Schwierigkeiten sich die Mitgliedsländer der WEU bei der Durchführung ihrer Absicht gegenübersehen, gemeinsame Positionen in den Konsultationsprozeß des Bündnisses einzubringen, sowie über eventuelle Möglichkeiten zur Überwindung dieser Schwierigkeiten, insbesondere im Licht der derzeitigen Bestimmungen von Artikel J.4 des Maastrichter Vertrages;

8. umgehend die Folgen der Studie über die NATO-Erweiterung für die zukünftige Politik der WEU gegenüber den mittel- und osteuropäischen Staaten einzuschätzen und die Versammlung über seine Schlußfolgerungen zu informieren;

9. eine Vereinbarung mit der NATO anzustreben, um die Modalitäten für eine Teilnahme der assoziierten Partnerländer an den gemeinsamen Ratssitzungen der WEU und der NATO festzulegen;

10. zu diesem Zweck den Abschluß von Sicherheitsvereinbarungen der WEU mit der NATO, den assoziierten Mitgliedern, den Beobachtern und den assoziierten Partnern zu beschleunigen;

11. regelmäßige Informationen über die Ergebnisse der gemeinsamen Ratssitzungen der WEU und der NATO zur Verfügung zu stellen;

12. a) Absatz 3 der Empfehlung 579 weiterzuverfolgen,

    b) die Anzahl der Teilnehmerländer in der Gruppe für transatlantische Öffentlichkeitsarbeit von 13 auf 27 zu erhöhen, den Status dieser Gruppe zu klären und sie dem Vorsitz des Generalsekretärs der WEU zu unterstellen,

    c) der Versammlung einen umfassenden Bericht über die Ausgangspunkte, die Aktivitäten und das Arbeitsprogramm dieser Gruppe vorzulegen,

    d) Mitglieder der Versammlung in die Gruppe mitaufzunehmen, die vom Präsidialausschuß ernannt wird.

Tagesordnungspunkt

Militärische Lufttransporte – Aussichten für Europa

(Drucksache 1484)

Berichterstatter:
Abg. Richard Alexander (Großbritannien)

(Themen: Erforderlichkeit angemessener Lufttransportmittel zur Verlegung von Streitkräften – europäische Verwaltung der gemeinsamen Lufttransportressourcen – Verstärkung des europäischen Potentials an Lufttransportflugzeugen)

Empfehlung 587 (1995) *)

betr. militärische Lufttransporte – Aussichten für Europa

Die Versammlung,

i. in Anbetracht der Tatsache, daß militärische Lufttransporte bei der Krisenbewältigung von entscheidender Bedeutung sind, sowohl aus taktischer als auch strategischer Sicht, wie sich bei den jüngsten und noch andauernden Konflikten klar gezeigt hat;

ii. die Notwendigkeit betonend, daß die europäischen Staaten über angemessene Mittel, insbesondere Lufttransportmittel zur Verlegung von Streitkräften, im Rahmen von militärischen oder humanitären Operationen verfügen müssen;

iii. in Anbetracht der Notwendigkeit, daß Europa seine militärischen Lufttransportressourcen gemeinsam verwalten und seine operationellen Erfordernisse koordinieren sollte und dabei seine wirtschaftlichen und industriellen Kapazitäten im vollen Umfang nutzt;

iv. unter Hinweis auf die Notwendigkeit, daß die europäischen Flotten von Großraumflugzeugen für den militärischen Lufttransport, die größtenteils aus Flugzeugen bestehen, die schon jetzt bis an die Grenzen ihres Leistungsvermögens genutzt werden, erneuert werden müssen;

v. mit Befriedigung feststellend, daß es in mehreren Mitgliedstaaten der WEU ein echtes europäisches Potential an Lufttransportflugzeugen gibt;

*) Beschluß der Versammlung vom 6. Dezember 1995

vi. trotzdem die Notwendigkeit hervorhebend, daß dieses Potential verstärkt und weiter ausgebaut werden muß, um ein hohes Ausstattungsniveau der europäischen Streitkräfte zu gewährleisten und um die industriellen Kapazitäten Europas angesichts der Konkurrenz durch die Vereinigten Staaten und Rußland im Bereich des militärischen Lufttransports aufrechtzuerhalten;

vii. in Anbetracht dessen, daß mit dem künftigen Mittelstreckentransportflugzeugprogramm (FLA) viel auf dem Spiel steht, nicht nur für die Zukunft der europäischen Verteidigungskapazität, sondern auch für das Überleben der europäischen Luft- und Raumfahrtindustrie;

viii. mit Befriedigung den Beschluß zur Kenntnis nehmend, die Fortführung des FLA-Programms dem Airbus-Konsortium zu übertragen, dessen Erfolge im zivilen Bereich ein Beweis für das hohe technologische Niveau Europas in der Luft- und Raumfahrt sind;

ix. unter Hinweis darauf, wie wichtig der Erfolg dieses Programms und der des MRTT-Programms (Mehrzwecktank-/Transportflugzeugprogramm) ist sowohl im Hinblick auf technologische Fortschritte und den Ausbau der europäischen industriellen Kapazitäten als auch im Hinblick auf den Ausbau einer eigenständigen europäischen Verteidigungskapazität;

x. trotzdem feststellend, daß jede Verzögerung bei diesem Programm kurz- und mittelfristige Lösungen erforderlich macht, um einen Ersatz für Flotten von Großraumflugzeugen für den militärischen Lufttransport zu finden, was derzeit durch die Beschaffung von amerikanischen oder russischen Flugzeugen geschieht mit wirtschaftlichen Konsequenzen für die Industrie Europas und politischen Konsequenzen für die Entwicklung einer eigenständigen europäischen Verteidigung;

xi. mit Bedauern darüber, daß die WEU und ganz besonders die WERG keine aktivere Rolle bei der Impulsgebung und der Führung beim FLA und MRTT-Programm übernehmen;

EMPFIEHLT DEM RAT,

1. einen konkreten Beschluß zu fassen in bezug auf die Notwendigkeit, daß das FLA- und das MRTT-Programm erfolgreich sein muß und, gegebenenfalls die Möglichkeit zu prüfen, einen europäischen „Pool" von Flugzeugen für den militärischen Lufttransport auf der Grundlage des FLA und mit der Zuständigkeit der WEU zu schaffen;
2. die Aktivitäten der FLA-Untergruppe der WERG, Panel I, zu unterstützen und ihr die Zuständigkeit zu übertragen, in Zusammenarbeit mit den am Programm beteiligten Staaten und mit dem Airbus-Konsortium die Produktionsphasen des FLA und insbesondere die für das nächste Jahrhundert geplanten Zulassungsprüfungen zu überwachen;
3. die Aktivitäten der WERG weiter auszubauen, damit sie eine entscheidende Rolle bei der Anwendung einer industriellen Strategie der europäischen Verteidigung übernehmen kann, und dem Luft- und Raumfahrtsektor besondere Beachtung zu schenken;
4. die Planungszelle aufzufordern, eine Bestandsaufnahme der zivilen und militärischen Lufttransportmittel vorzunehmen, die der WEU gegebenenfalls zur Durchführung von Missionen, die im Rahmen des Petersberger Treffens festgelegt wurden, zur Verfügung gestellt werden könnten;
5. der Versammlung – entsprechend seiner Antwort auf die Empfehlung 532 – die Ergebnisse seiner Studie über die europäischen Erfordernisse im Bereich der strategischen Mobilität mitzuteilen.

Tagesordnungspunkt

Die Regierungskonferenz und die Gestaltung der europäischen Sicherheit und Verteidigung

(Drucksache 1495)

Berichterstatter:
Abg. Lluís Maria de Puig (Spanien)

(Themen: Stärkung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität – schrittweise Integration der WEU in die EU in noch festzulegenden Etappen – Erhaltung der WEU als europäische Verteidigungsinstitution während des Entwicklungsprozesses – Problematik der Blockade eines im WEU-Rahmen erzielten Konsenses durch EU-Mitgliedstaaten, die nicht der WEU angehören)

Empfehlung 588 (1995) *)

betr. die Regierungskonferenz und die Gestaltung der europäischen Sicherheit und Verteidigung

Die Versammlung

i. mit dem nachdrücklichen Wunsche, daß die Regierungskonferenz 1996 qualitative Fortschritte erzielen möge, die es ermöglichen, Europa mit den notwendigen Mechanismen für die Schaffung einer echten europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität auszustatten, in Übereinstimmung mit dem im Vertrag von Maastricht festgelegten Ziel der Behauptung der Identität Europas auf internationaler Ebene;

ii. Kenntnis nehmend von den Beschlüssen, die auf der Ministerratssitzung am 14. November 1995 in Madrid getroffen wurden sowie von der Veröffentlichung von drei Dokumenten, die der Rat auf dieser Sitzung genehmigte;

*) Beschluß der Versammlung vom 6. Dezember 1995

iii. feststellend, daß zwar für die Mehrheit der WEU-Mitgliedstaaten die einzige Möglichkeit der Gewährleistung einer Kohärenz bei der europäischen Verteidigungs-, Sicherheits- und Außenpolitik in der schrittweisen Integration der WEU in die Europäische Union liegt, der Rat jedoch in dieser Frage aufgrund der fehlenden Einstimmigkeit noch nicht zu einer Einigung gelangt ist;

iv. daher mit dem Wunsche, zur Förderung eines Konsens im Rat beizutragen, um es der WEU zu ermöglichen, auf der Regierungskonferenz einen gemeinsamen von der Versammlung unterstützten Standpunkt zu vertreten;

v. feststellend, daß sich die zur Zeit in der Europäischen Union und der WEU diskutierten Optionen ausschließlich auf die institutionelle Ebene beschränken und andere, auf eine gezieltere Aufteilung der Verantwortlichkeiten und Aufgaben zwischen den europäischen Institutionen ausgerichtete Ansätze nicht berücksichtigen;

vi. betonend, daß der Umfang der geplanten institutionellen Reformen zur schrittweisen Schaffung eines einheitlichen europäischen Rahmens, der die Kohärenz der gemeinsamen Verteidigungs-, Sicherheits- und Außenpolitik gewährleisten kann, zwangsläufig insoweit begrenzt sein muß, als die Mitgliedstaaten in der WEU (variable Geometrie) und die der Europäischen Union nicht genau die gleichen sind;

vii. auch darauf hinweisend, daß Beschlüsse zu institutionellen Optionen im Hinblick auf einen Zusammenschluß der WEU mit der Europäischen Union und den ihrer Verträge undenkbar sind ohne ein gemeinsames Konzept für die europäische Verteidigung und die diesbezüglichen Ziele, welches die im folgenden festgelegten Bedingungen sowie das Ratsdokument mit dem Titel „Die europäische Sicherheit: ein gemeinsames Konzept der 27 WEU-Staaten" als einem ersten Ansatz in dieser Frage berücksichtigt;

viii. betonend, daß bei diesem gemeinsamen Konzept die Frage der Kernwaffen im Licht der jüngsten Ereignisse wie der unbegrenzten Verlängerung des Nichtverbreitungsvertrages (NVV), des erklärten Willens der europäischen Regierungen, einen Vertrag über das Verbot von Kernwaffenversuchen abzuschließen und des Angebots Frankreichs, sein nukleares Abschreckungspotential für die europäische Verteidigung zur Verfügung zu stellen, berücksichtigt werden muß;

ix. die in der Europäischen Union und der WEU erreichte gemeinsame Position unterstützend, gemäß der die nationale Souveränität das wichtigste Prinzip bei Verteidigungsangelegenheiten, die im Konsens beschlossen werden müssen, bleiben muß;

x. davon überzeugt, daß, wenn es der Europäischen Union nicht wirklich gelingt, ihre Identität auf internationaler Ebene in Übereinstimmung mit Artikel B des Vertrages von Maastricht zu behaupten, dies nicht darauf zurückzuführen ist, daß es kein verbindendes Element gibt, welches die WEU der Europäischen Union unterstellt, sondern auf die Unfähigkeit letztgenannter, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik durchzusetzen;

xi. daher in der Überzeugung, daß die europäische Verteidigungsidentität am besten durch eine Verständigung auf vorläufige Optionen gefördert werden kann, die es erlauben, eine Stärkung der Rolle der WEU zu erreichen, damit diese im Auftrag der Europäischen Union handeln könnte;

xii. in diesem Zusammenhang insbesondere auf die Empfehlungen 558, 565 und 575 verweisend;

xiii. ferner unter Hinweis darauf, daß sie ihren Beitrag zur Regierungskonferenz der Europäischen Union auf einer Sondertagung der Versammlung am 22. und 23. Februar 1996 in London vorlegen wird;

xiv. unter Hinweis darauf, wie wichtig für die WEU die zur Zeit in der Europäischen Union geführten Diskussionen im Hinblick auf eine Rationalisierung und Verbesserung der Entscheidungsmechanismen in der GASP sind, insbesondere in bezug auf:

- die mögliche Schaffung einer Analyse- und Planungskapazität,
- die Modalitäten für die Regelung der Dauer und der Rotation der Präsidentschaften,
- die Rolle der Europäischen Kommission,
- die Fragen in Zusammenhang mit der Finanzierung der Aktionen im Rahmen der GASP,
- die Gestaltung der parlamentarischen Kontrolle;

xv. daher mit nachdrücklichem Bedauern darüber, daß der Rat den Empfehlungen der Versammlung in bezug auf seine Vertretung in der Reflexionsgruppe der Europäischen Union nicht gefolgt ist;

xvi. nachdrücklich ihren Standpunkt bekräftigend, daß alle Fragen in bezug auf den geänderten Brüsseler Vertrag ausschließlich von den Unterzeichnerstaaten dieses Vertrages und seiner Protokolle behandelt werden dürfen;

xvii. ferner unterstreichend, wie wichtig einerseits die Stärkung der WEU als europäischem Pfeiler der NATO und andererseits die Rolle ist, die die assoziierten Mitglieder der WEU aufgefordert sind, bei dieser Entwicklung zu spielen;

xviii. ebenfalls die engen Beziehungen betonend, die die WEU zu den assoziierten Partnerländern aufgebaut hat sowie die Bedeutung des Beitrages dieser Staaten zur Formulierung einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik,

EMPFIEHLT DEM RAT,

1. sowohl die von der Versammlung in diesem Bericht zur Regierungskonferenz formulierten als auch die auf der Sondertagung der Versammlung am 22. und 23. Februar 1996 in London vorzulegenden Vorschläge zu unterstützen;
2. einen Konsens im Hinblick auf die Stärkung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität anzustreben auf der Grundlage bestimmter Optionen, die im Hinblick auf die Schaffung engerer Beziehungen zwischen der WEU und der Europäischen Union festzulegen sind, und die Tür offen zu lassen für eine schrittweise Integration der WEU in die Europäische Union in noch festzulegenden Etappen;
3. sich darauf zu verständigen, daß während dieses Entwicklungsprozesses die WEU als eine nicht zu ersetzende europäische Verteidigungsinstitution erhalten bleibt;
4. seine Überlegungen in bezug auf die neuen europäischen Sicherheitsbedingungen fortzuführen, ausgehend von seinem Dokument über: „Die europäische Sicherheit: ein gemeinsames Konzept der 27 WEU-Staaten", um einen gemeinsamen grundlegenden, der Europäischen Union von der WEU vorzulegenden Vorschlag zu erarbeiten, und sobald wie möglich seine Arbeiten in bezug auf die Festlegung einer europäischen Verteidigungspolitik unter Berücksichtigung der Frage der Kernwaffen abzuschließen;
5. in Übereinstimmung mit der Europäischen Union für die WEU die Kapazitäten zu wahren, die es ihr ermöglichen, politische Initiativen zu ergreifen und im Rahmen einer von der Europäischen Union festgelegten europäischen Sicherheitspolitik zu handeln;
6. gemeinsam mit der Europäischen Union Mittel und Wege zu finden, die es erlauben, politische Initiativen der WEU mit verteidigungspolitischen Bezügen von den Staats- und Regierungschefs bestätigen zu lassen, ohne daß Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die nicht der WEU angehören, die Möglichkeit haben, einen im Rahmen der WEU erreichten Konsens zu blockieren;
7. sich durch das Einbringen eigener Beiträge aktiver an den in der Europäischen Union geführten Diskussionen im Hinblick auf die Verbesserung der Entscheidungsmechanismen der GASP zu beteiligen, die konkrete Auswirkungen für die WEU haben können;
8. weiterhin uneingeschränkt ihre Rolle als europäischer Pfeiler des Atlantischen Bündnisses sicherzustellen mit dem Ziel, der euro-atlantischen Kooperation im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungsangelegenheiten neue Impulse zu verleihen;
9. die Beziehungen zu den assoziierten Partnern zu verstärken, um ihnen den Weg für ihren späteren WEU-Beitritt zu ebnen;
10. seine Bemühungen im Hinblick auf die volle Funktionsfähigkeit der WEU und aller ihrer Organe zu verstärken mit dem Ziel, insbesondere die Beziehungen der Versammlung zu den nationalen Parlamenten zu nutzen und die Rolle der Versammlung zu erhalten.

Tagesordnungspunkt

Die nationalen Parlamente, die europäische Sicherheit und Verteidigung und die Vorbereitung der Regierungskonferenz von 1996

(Drucksache: 1486)

Berichterstatter:
Abg. Sir John Hunt (Großbritannien)

(Themen: Beteiligung der nationalen Parlamente an der Entwicklung einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Aufteilung der Verantwortlichkeiten zwischen EU und WEU bei Sicherheitsangelegenheiten, Stärkung der Verbindungen zu den nationalen Parlamenten)

Entschließung 96 (1995) *)

betr. die nationalen Parlamente, die europäische Sicherheit und Verteidigung und die Vorbereitung der Regierungskonferenz von 1996

Die Versammlung

i. unter Betonung, wie wichtig der Erfolg der Regierungskonferenz von 1996 für die Umsetzung einer in die WEU eingegliederten wirklichen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist;

ii. überzeugt von der Notwendigkeit, im Rahmen der Vorbereitung auf die Regierungskonferenz von 1996 die nationalen Parlamente eng an der Entwicklung einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu beteiligen;

iii. im Hinblick darauf, daß die Regierungskonferenz eine klare Aufteilung der Verantwortlichkeiten zwischen der Europäischen Union und der WEU bei Sicherheitsangelegenheiten und zwischen der WEU und den Mitgliedstaaten bei Verteidigungsangelegenheiten hervorbringen muß;

iv. mit Besorgnis die geringen Interventionsmöglichkeiten Europas zur Kenntnis nehmend, insbesondere der GASP, während es jedoch zahlreiche Krisen- und Konfliktherde inmitten Europas, dem Kaukasus, dem Mittelmeerraum und Afrika gibt;

*) Beschluß der Versammlung vom 6. Dezember 1995

v. in dem Wunsche, ihre Verbindungen zu den nationalen Parlamenten zu stärken und mit dem Europäischen Parlament auf der Grundlage von Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit mit dem Ziel zusammenzuarbeiten, bei gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungsfragen eine bessere parlamentarische Kontrolle über die WEU und bei Fragen der GASP eine entsprechende Kontrolle über die Europäische Union auszuüben;

vi. in der Auffassung, daß alle Schritte im Hinblick darauf, Verteidigungsangelegenheiten der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament zu unterstellen, die wirksame Kontrolle der Verteidigungs- und Sicherheitsangelegenheiten durch die nationalen Parlamente und durch die Versammlung der WEU gefährden kann,

fordert die Parlamente der Mitgliedsländer auf

1. die parlamentarische Zusammenarbeit im Hinblick auf die Umsetzung eines effektiven Systems parlamentarischer Kontrolle über die GASP und die europäische Verteidigung zu verstärken;

2. den Austausch zwischen ihren Ausschüssen für auswärtige Angelegenheiten, für Verteidigung und für europäische Angelegenheiten und ihre Zusammenarbeit mit den entsprechenden Ausschüssen der Versammlung der WEU im Hinblick auf die Vorbereitung der Regierungskonferenz von 1996 zu fördern sowie nachfolgend die zufriedenstellende Umsetzung der Beschlüsse, die die Konferenz zu treffen haben wird;

3. eine größere Transparenz seitens der Regierungen in bezug auf ihre Europapolitik mit dem Ziel zu ermutigen, es den Parlamenten zu ermöglichen, eine effektivere Kontrolle auszuüben, die Öffentlichkeit zu informieren und bei der Öffentlichkeit ein Bewußtsein dafür zu schärfen, was bei dem europäischen Prozeß auf dem Spiel steht.

Robert Antretter (SPD): Herr Präsident! Wie kein anderer Konflikt hat die Tragödie in Bosnien-Herzegowina die sicherheitspolitischen Defizite im europäischen Integrationsprozeß deutlich gemacht. Das Wegsehen und Ignorieren der westlichen Staatengemeinschaft, das Zögern und Zaudern, das halbherzige Reagieren und das kaltschnäuzige Inkaufnehmen von militärischen Raubzügen hat die Schande von Srebrenica ermöglicht. Wir alle haben Grund, darüber nachzudenken, daß wehrlose Menschen in einer UNO-Schutzzone von entmenschlichten Schlächtern in Uniformen systematisch liquidiert wurden. Seit Jahren fordern wir ein stärkeres europäisches Engagement in dieser Region und müssen nun mit ansehen, wie unter den Augen der Streitkräfte eines unserer Mitgliedstaaten unfaßbare Greueltaten begangen werden.

Wir alle haben Grund darüber nachzudenken, welche Schlußfolgerungen wir aus dem politischen Versagen der westlichen Staatengemeinschaft im ehemaligen Jugoslawien ziehen müssen. Der Beitrag der WEU zur Regierungskonferenz enthält eine Reihe von Optionen: die Weiterentwicklung des Status quo, eine Art Radikallösung durch die Verschmelzung der beiden Organisationen und einen Mittelweg mit der Perspektive einer langfristigen Fusion.

Lassen Sie mich dazu drei Anmerkungen machen. Erstens. Erst das Eingreifen der USA hat zu einem Friedensschluß in Bosnien-Herzegowina geführt. Die Bindungen zu den USA und ihre militärische Präsenz auf unserem Kontinent bleiben unverzichtbar für die europäische Sicherheit und die Wahrung der politischen Stabilität auf unserem Kontinent. Ohne die NATO und die ihrer Militärintegration zugeordneten Streitkräfte ist weder eine Befriedung noch eine Friedenskonsolidierung auf dem Balkan möglich. Das Konzept der „trennbaren und getrennten" alliierten Streitkräftekommandos ist nach wie vor ein realistischer und gangbarer Weg, um die operativen Fähigkeiten der WEU zu stärken und vor allem, ohne einer Duplizierung der militärischen Strukturen Vorschub zu leisten. Es ist nicht ganz leicht nachzuvollziehen, warum die Umsetzung dieses Konzepts auf der Stelle tritt.

Zweitens. Um einen Beitrag der WEU in der Ausformung der europäischen Sicherheitsarchitektur einbringen zu können, müssen ihre operativen Fähigkeiten dringend gestärkt werden, damit das gesamte Aufgabenspektrum für militärische Einsätze im Rahmen der sogenannten Petersberger Missionen gefüllt werden kann. Das Dokument der 27 – das Weißbuch zur europäischen Sicherheit – zählt hierbei eine Reihe von prioritären Aktionen auf: im Krisenmanagement, bei der Zuordnung von Streitkräften zur WEU, bei der Verbesserung der Lufttransportkapazitäten sowie bei der Standardisierung der Interoperationalität. Auch die vor kurzem gefaßten Beschlüsse im Rat über die der WEU zugeordneten Streitkräfte sowie den Aufbau eigener Aufklärungs- und Auswertungskapazitäten weisen in die richtige Richtung. All dies diskutieren wir jedoch schon seit Jahren. Deshalb, Herr Präsident, wären mir in diesen Bereichen statt abstrakter institutioneller Vorschläge konkrete Stufenpläne mit verbindlichen Zieldaten lieber, um die Perspektive einer politischen Union endlich sichtbar zu machen.

Drittens. Bei den anstehenden institutionellen Fragen sollte ein pragmatischer Weg beschritten werden. Ich denke, erst einmal sollten wir uns Klarheit darüber verschaffen, in welchen Missionen mit welchen verteidigungspolitischen Bezügen die WEU von der Europäischen Union überhaupt beauftragt werden kann und vor allem, wie dabei im einzelnen das Verhältnis zur NATO ausgestaltet werden kann. Sollte es sich um eine Beteiligung im Rahmen der sogenannten Petersberger Missionen handeln, so kann sich eine Beteiligung nur im Rahmen der nationalen Verfassungsbestimmungen vollziehen. Wie der Konfliktverlauf im ehemaligen Jugoslawien gezeigt hat, werden institutionelle Regelungen einen fehlenden politischen Willen jedoch nicht ersetzen können. Eine vorschnelle Fusion der WEU würde Erwartungen wecken, die nicht erfüllt werden können. Ich verweise darauf, daß, von der Entsendung von Streitkräften nach Mostar abgesehen, die EU die WEU bis-

lang noch nicht einmal mit der Durchführung von verteidigungspolitischen Operationen nach Art. J.4.2 des Maastrichter Vertrages ersucht hat.

Herr Präsident, viele interessante und bis ins Detail ausgearbeitete Vorschläge und Optionen für die Regierungskonferenz liegen auf dem Tisch. Ich unterstütze den schrittweisen und pragmatischen Ansatz meines Kollegen de Puig, weil er den tatsächlichen Realitäten entspricht und vor allem, weil er alle künftigen Optionen offenhält.

Wir müssen nun sehen, wie sich die monetäre Integration, die Schaffung einer einheitlichen Währung entwickelt und vor allem, welche Staaten sich daran beteiligen werden. Dann muß auch noch einmal gründlich darüber diskutiert werden, wie diese monetäre Integration in eine politische Union eingebettet werden kann. Deshalb sollten wir nicht eine institutionelle Flucht nach vorn durch eine vorschnelle Fusion der WEU und EU antreten, sondern eine Diskussion darüber führen, wie eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik in ihrer politischen Substanz gestärkt werden kann, um künftig als politische Union handlungsfähig zu werden. – Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt

Erster Teil des 41. Jahresberichts des Rates

vorgelegt vom

spanischen Außenminister und amtierenden Ratsvorsitzenden, Javier Solana

(Drucksache: 1499)

Ansprache des spanischen Außenministers und amtierenden Ratsvorsitzenden, Javier Solana

Tagesordnungspunkt

Fortsetzung der Debatte

Die Regierungskonferenz und die Gestaltung der europäischen Sicherheit und Verteidigung

(Drucksache 1495)

Berichterstatter:
Abg. Lluís Maria de Puig (Spanien)

Tagesordnungspunkt

Die parlamentarische Zusammenarbeit im Mittelmeerraum

(Drucksache: 1485)

Berichterstatter:
Abg. Theodoros Kotsonis (Griechenland) *)

(Themen: Stärkung der interparlamentarischen Zusammenarbeit in bezug auf Fragen des Mittelmeerraumes – Ausarbeitung einer euro-mediterranen Politik – Beteiligung an der Arbeit der Interparlamentarischen Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum – Ausbau des Dialogs über politische, wirtschaftliche, soziale, kulturelle und Sicherheitsfragen)

*) präsentiert von Jean-Pierre Masseret (Frankreich)

Entschließung 97 (1995) *)

betr. die parlamentarische Zusammenarbeit im Mittelmeerraum

Die Versammlung,

i. unter Hinweis auf die Empfehlung 538 betr. die Sicherheit im Mittelmeerraum, in der sie bekräftigt hat, daß „seine historischen Beziehungen Westeuropa eine besondere Verantwortung auferlegen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt sowie Frieden und Sicherheit im Mittelmeerraum zu fördern";

ii. besorgt über die Fortdauer von Konflikten und verschiedenen Krisensituationen im Mittelmeerraum;

iii. feststellend, daß die Weiterverbreitung von Kernwaffen, biologischen, chemischen und konventionellen Waffen aller Art im Mittelmeerraum eine Bedrohung für Frieden und Stabilität in der Region darstellt;

iv. überzeugt davon, daß Sicherheitsprobleme nicht losgelöst von Entwicklungsproblemen, die die Stabilität in der gesamten Mittelmeerregion betreffen, betrachtet werden können;

v. mit Genugtuung über den Ausbau des Dialoges zwischen der WEU und den an der südlichen Küste des Mittelmeerraums gelegenen Ländern sowie über die Unterzeichnung von euro-mediterranen Assoziationsabkommen zwischen der Europäischen Union und einigen Mittelmeerländern;

vi. von dem Wunsche geleitet, daß die euro-mediterrane Konferenz im November 1995 einen entscheidenden Beitrag zur Einleitung wirklicher politischer Maßnahmen zur Förderung von Sicherheit und Zusammenarbeit in der Region leisten wird,

FORDERT DIE PARLAMENTE DER MITGLIEDSTAATEN AUF,

1. die interparlamentarische Zusammenarbeit in bezug auf Fragen des Mittelmeerraums zu verstärken;
2. einen Austausch zwischen ihren Ausschüssen für auswärtige Angelegenheiten und für Verteidigung sowie deren Zusammenarbeit mit den entsprechenden Ausschüssen der Parlamentarischen Versammlung der WEU zu fördern mit dem Ziel,

*) Beschluß der Versammlung vom 6. Dezember 1995

eine euro-mediterrane Politik unter Berücksichtigung der Sicherheits- und Entwicklungsprobleme auszuarbeiten;

3. sich aktiv an der Arbeit der Interparlamentarischen Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum zu beteiligen und dabei, soweit wie möglich, eine Vorlage gemeinsamer Vorschläge der nationalen Parlamente und der Parlamentarischen Versammlung der WEU anzustreben;

4. die Regierungen der Mittelmeerstaaten, die Mitglieder der WEU sind, zu ermutigen, ihre nationalen Prioritäten in bezug auf den Mittelmeerraum und seine Probleme klar zum Ausdruck zu bringen;

5. Kontakte zwischen Parlamentariern auf beiden Seiten des Mittelmeerraums zu ermutigen und zu fördern mit dem Ziel, den Dialog über politische, wirtschaftliche, soziale, kulturelle und Sicherheitsfragen weiter auszubauen.

Tagesordnungspunkt

Ansprache des Ministers für Europaangelegenheiten der Französischen Republik, Michel Barnier

Anhang

Liste der Amtsträger der Versammlung der Westeuropäischen Union

(Stand: Dezember 1995)

Präsident

Sir Dudley **Smith** (Großbritannien)

Vizepräsidenten

Robert **Antretter** (Bundesrepublik Deutschland)
Miguel Angel **Martinez** (Spanien)
Mark **Eyskens** (Belgien)
Marcelle **Lentz-Cornette** (Luxemburg)
Jan Dirk **Blaauw** (Niederlande)
Vasso **Papandreou** (Griechenland)
Piero **Fassino** (Italien)
Jean **Valleix** (Frankreich)
Lord **Finsberg** (Großbritannien)
Pedro **Roseta** (Portugal)

Greffier

Henri **Burgelin**

Präsidialausschuß

Präsident:

Sir Dudley **Smith** (Großbritannien)

Ehemalige Präsidenten:

Charles **Goerens** (Luxemburg)

Vizepräsidenten:

Robert **Antretter** (Bundesrepublik Deutschland)
Miguel Angel **Martinez** (Spanien)
Mark **Eyskens** (Belgien)
Marcelle **Lentz-Cornette** (Luxemburg)
Jan Dirk **Blaauw** (Niederlande)
Vasso **Papandreou** (Griechenland)
Piero **Fassino** (Italien)
Jean **Valleix** (Frankreich)
Lord **Finsberg** (Großbritannien)
Pedro **Roseta** (Portugal)

Ausschußvorsitzende:

Jacques **Baumel** (Frankreich)
Maria Lluis de **Puig** (Spanien)
José Lluis **Lopez Henarez** (Spanien)
Arnulf **Kriedner** (Bundesrepublik Deutschland)
Terry **Davis** (Großbritannien)
Jean-Pierre **Masseret** (Frankreich)

Vorsitzende der Politischen Gruppen:

Armand **De Decker** (Liberale Gruppe)
Jim **Marshall** (Sozialistische Gruppe)
José Lluis **Lopez Henarez** (Gruppe der Christdemokraten)

Ständiger Ausschuß

Mitglieder des Präsidialausschusses

Mitglieder der Versammlung
nach Stärke der Delegationen

Verteidigungsausschuß

Vorsitzender:

Jacques **Baumel** (Frankreich)

Stellvertreter:

Armand **De Decker** (Belgien)
Erwin **Horn** (Bundesrepublik Deutschland)

Politischer Ausschuß

Vorsitzender:

Maria Lluis de **Puig** (Spanien)

Stellvertreter:

Lord **Finsberg** (Großbritannien)
Pedro **Roseta** (Portugal)

Haushaltsausschuß

Vorsitzender:

Arnulf **Kriedner** (Bundesrepublik Deutschland)

Ausschuß für Raumfahrt und Technik

Vorsitzender:

José Lluis **Lopez Henarez** (Spanien)

Stellvertreter:

Christian **Lenzer** (Bundesrepublik Deutschland)
Jim **Marshall** (Großbritannien)

Ausschuß für Geschäftsordnung und Immunität

Vorsitzender:

Terry **Davis** (Großbritannien)

Ausschuß für die Beziehungen zu den Parlamenten und zur Öffentlichkeit

Vorsitzender:

Jean-Pierre **Masseret** (Frankreich)

Stellvertreter:

Baroness **Gould of Potternewton** (Großbritannien)
Sir Russell **Johnston** (Großbritannien)

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333